DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Unruhen und Aufstände in Britannien: Was sind die wahren Hintergründe? Seite 11

FÜR DEN FRIEDEN! *Komm zu uns!* ➔ Seite 15

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND 1

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 182, Samstag, 10. August 2024 bundesweit. Kein Medienkonzern, kein Parteiblatt, keine Lügerei, keine Reklame. **2,50 EURO** am Kiosk und im freien Verkauf

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

EMA: ÜBER 25.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 660.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN

AfD & BSW

Frieden • Freiheit • Volksentscheide ... und raus aus der NATO

Altparteien haben uns in die Corona-Lüge, Verarmung und den Kriegswahnsinn geführt. Können uns nur noch eine blau-rote Volkskoalition und verbindliche Volksentscheide in allen grundlegen Angelegenheiten retten?

»Bundesinnenministerin Nancy Faeser missbraucht ihre Kompetenzen, um kritische Berichterstattung zu unterdrücken«, erklärte die Chefin der Partei Alternative für Deutschland (AfD), Alice Weidel, zum Verbot des auflagenstarken Nachrichtenmagazins *Compact*. Das Kartell der Regenbogen-Parteien und ihrer in entscheidenden Fragen gleichgeschalteten Konzernmedien bröckelt. Politiker wie Faeser agieren in Panik vor dem eigenen Untergang.

»Wir fordern die Ministerin dazu auf, die Pressefreiheit zu respektieren!« Neben der erfolgreichen »rechten« Weidel und dem verbotenen oppositionellen Nachrichtenmagazin stehen auch die seit Jahrzehnten beliebteste »Linke« Sahra Wagenknecht und ihr BSW immer wieder unter dem Feuer der herrschenden Kreise und Kriegstreiber. »Mit ihrem Pro-Russland-Kurs erschwert Sahra Wagenknecht ihrer Partei den Weg in eine Regierung«, behauptete unser Konkurrenzblatt von der Regenbogenpresse, die *SZ*, in dieser Woche.

Doch wir Deutschen wollen endlich raus aus der NATO, spätestens seit der Sprengung der zivilen Erdgasversorgungsleitungen in der Ostsee durch die USA. Im Zuge der Corona-Lüge sind Millionen von Deutschen geschädigt worden, nicht zuletzt alle, die sich die den giftigen »Pieks« haben verpassen lassen und die demokratischen Demonstranten, die genau davor gewarnt hatten (Propaganda: »Verschwörungsideologen«, »Querdenker«, »Antisemiten«, »Rechte« und so weiter). Millionen von Oppositionellen hatten vor den grauenhaften Folgen der schädlichen Injektionen unter dem Stichwort Corona und der Kriegstreiberei gewarnt.

ÜBERPARTEILICHE BEWEGUNG WILL VOLKSENTSCHEIDE

»Wir sind die Wende!« Seit 28. März 2020 erhebt sich täglich und in allen Regionen das Volk zu Friedensdemonstrationen und für Volksentscheide (Seite 6). Der Propaganda-*Mainstream* von *Taz* bis *FAZ* und auch manche Alternativblogger verschweigen das. Ganz klare Stimmung: Die Deutschen wollen raus aus dem Kriegsbündnis NATO, eine ganz andere EU – und ein aus sich selbst heraus demokratisch selbstbestimmtes, ein gebildetes und friedliches Deutschland.

Fest steht: Noch nie waren so viele Bundesbürger vom BRD-System angewidert. Letzte Hoffnung im Apparat gibt manchen die Aussicht auf eine vollständige Ablösung der Altparteien und des Kriegsnebels in den Farben des Regenbogens. Eine mögliche Regierungsbildung von AfD und BSW nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen (je am 1. September), in Brandenburg (22. September) sowie im Bund 2025 wird möglich. DW hat Insider-Informationen aus beiden Parteien.

➔ Weiter auf Seiten 12 und 13

Titelgestaltung: DW/Ute Feuerstacke und Anselm Lenz

+++ DW IST JETZT IM ZEITUNGSHANDEL! 2,50 € +++




NICHTOHNEUNS.DE

INHALT DW 182

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 182. Ausgabe ab Samstag, 10. August 2024. | Redaktionsschluss war am 8. August. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteure: Anselm Lenz,.Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Marwin Benfer, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. Assoziiert: Prof. Dr. jur. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S•M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden. Jahresabo: DemokratischerWiderstand.de/Abo

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64

Wir



Dem Kindeswohl verpflichtet

Der Preis der Republik geht Bastian Barucker.
LAUDATIO von Klaus Müller

Gemeinsam mit Journalistin Aya Velázquez und Finanzwissenschaftler Professor Stefan Homburg präsentierte Bastian Barucker am 23. Juli 2024 die gesamten ungeschwärzten RKI-Protokolle und war somit mitverantwortlich dafür, dass die Lügen von Politikern, staatlichen Institutionen und Medien offengelegt wurden.

Barucker, Jahrgang 1983, aus Lassan vor der Insel Usedom, ist eigentlich ein ausgebildeter Wildnispädagoge, lehrte an verschiedenen Hochschulen, doch seit Corona arbeitet er als freier Journalist und Publizist. Als er während der Plandemie feststellte, »dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht ausgewogen die Vielfalt an Meinungen abbildet«, startete er 2020 zwei Petitionen, mit denen er es schaffte, den ÖRR unter Druck zu setzen. Es kam zu einem Gespräch mit *ARD*-Vertretern, das letztlich jedoch erfolglos blieb. Im Frühjahr 2024 gehörte er zu den 130 Erstunterzeichnern des »Manifests für einen neuen ÖRR in Deutschland«.

Und nun also die RKI-Protokolle. Barucker befasst sich insbesondere mit den Passagen, in denen es um die Corona-Maßnahmen gegen Kinder ging. Das Ergebnis ist eindeutig: Ob Masken, Abstandsregeln, Schulschließungen oder Spritzen – alles erfolgte aufgrund von politischem Druck, nicht auf wissenschaftlicher und medizinischer Evidenz. »Das bedeutet: Kinder wurden auf Kosten ihrer eigenen Gesundheit zu Maßnahmen verpflichtet, um das Wohl anderer zu schützen. Ein historischer Tabubruch«, fasste Barucker am Ende der Pressekonferenz zusammen. Auf Facebook legte er am 2. August nach, prangerte »das Schweigen zur Rolle des Kindeswohls während der Pandemiepolitik« an: »Es scheint eine kollektive Verdrängung vorzuherrschen, die eine Aufarbeitung verunmöglicht, weil so viele Menschen [...] die Corona-Maßnahmen gegenüber Kindern und Jugendlichen mitgetragen oder sogar veranlasst haben.« Ein Wildnispädagoge zeigt den Journalisten der Konzernmedien, wie sie ihren Job zu machen haben. Das ist schräg, aber vonnöten, verdient Respekt und diesen Preis. Glückwunsch!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN BASTIAN BARUCKER. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz (2020), Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, die unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Bürgerjournalist »Weichreite«, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Prof. Dr. Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Almuth Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel, Paul Schreyer, Gordon Pankalla, Robert Farle, Dr. Hans-Rudolf Milstrey, Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder, Michael Stürzenberger, Monika Donner, Marcus Fuchs, Michael Wittwer, Ignaz Bearth, Aya Velázquez.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung



Bilderwirrwarr

EINWURF von Dr. phil. Werner Köhne

Es dauerte nicht mal Minuten, bis das Bild vom Attentat auf Donald Trump in den Rang einer Ikone aufstieg. Man war sich allerseits sicher, dass es politisch nachhaltig in die US-Wahl einwirken würde.

Wofür ja auch alles an dieser heroischen Bildsequenz sprach: der gerade von einer Kugel getroffene Expräsident Trump, wie er sich aus dem Pulk seiner Beschützer löst, seine Faust emporreckt und dabei sein »fight, fight« intoniert, und dies auch noch vor entfalteter Fahne: Was sollte diese biblisch statuarische Erscheinung noch toppen und den Sieg Trumps verhindern können?

LICHT AUS, SPOT AN

Nur wenige Tage später aber überraschte uns eine zweigeteilte Bildsequenz, welche die laufende amerikanische Ikonographie auf ein anderes Niveau hob: Wir sehen auf dem Screen einen altväterlich tapsigen Präsidenten Biden, hinter dem sich das strahlende Gesicht der Vizepräsidentin und ehemaligen Staatsanwältin Kamala Harris massiv abhebt. Die damit verbundene Aussage erscheint ebenso überraschend wie eindeutig: Dem ermüdenden Streit zweier alter weißer Männer setzt Harris ihr virales und vitales Konterfei entgegen. Ruft sie uns so nicht aufs Neue Obamas »Yes we can« in Erinnerung, lässt uns gar an Herrmann Hesses »Allem Anfang wohnt ein Zauber inne« denken? Ebenso schnell wie Trump sein heroisches Momentum inszenierte, setzt die mit einem Zahnpastalächeln ausgestattete und werbende Konkurrentin Harris ihre bildträchtige Bob-Dylan-Losung in die Welt: »Strike another match go start anew« – es reichen zwei Bilder, um alle Semantik und Semiotik auf den Kopf zu stellen.

Wir werden einmal mehr Zeuge einer flutenden Erregungskultur, worin alle mythischen Muster und Narrative eingeschmolzen werden – und uns allein Ilja Richters »Licht aus, Spot an« in Bann schlägt. Wir verabschieden uns hier aus jenem visuellen Universum, in dem einst noch Bilder die Struktur der Wirklichkeit prägten. Längst passé das! Heute in einer Ökonomie des Attentismus, des plötzlichen Aufmerkens, der Klicks und der hastigen Blicke, werden Bilder gehandelt wie Schlachtopfer des Zeitgeistes oder politische Duftmarken. Was oder wen wird das nächste »Licht aus, spot an« in den Vordergrund rücken. Etwa Miss Obama, die von vielen Gendegraffizierten herbeigesehnte Mutter der Nation?



WIR MÜSSEN DEN FRIEDEN IN UNS SELBST FINDEN

Professor Dr. Dr. Christian Schubert über ein neues, ganzheitliches Menschenbild, bei dem Seele, Geist, Beziehungen, Kultur und Religion unser Sein bestimmen und nicht der Körper und das Stoffliche

Wir leben in einer Welt, die zunehmend den Menschen und damit die Menschlichkeit aus den Augen verloren hat. Wo immer wir hinsehen, ist mehr Schein als Sein, mehr Hülle als Inhalt, mehr Körper als Geist. Geld und Konsum regieren die Welt und damit den Menschen. Wir drohen uns zunehmend im Materiellen zu verlieren, scheinen dem allen ohnmächtig ausgeliefert zu sein, weil wir keinen Halt mehr in uns selbst, in sicheren Beziehungen oder im sinnstiftenden Glauben haben.

In so einer sinnentleerten und haltlosen Welt sind Angst und Panik leicht zu entfachen und Massenverwirrungen und Aggressionen in einem Ausmaß möglich, wie wir sie seit den großen Kriegen des letzten Jahrhunderts nicht mehr erlebt haben. Denken Sie an die vergangenen Pandemiejahre, die zeigten, wie schnell durch menschenunwürdige Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus enormer gesundheitlicher Schaden in der Bevölkerung angerichtet wurde und über Jahrhunderte erkämpfte Freiheit und Demokratie verloren gingen. Denken Sie aber auch an die aktuellen Kriegs- und Krisenschauplätze in der Welt, die drohen, zu eskalieren und in ihrer Entmenschlichung und Brutalität alles bis dato Gewesene in den Schatten zu stellen.

SYMPTOM- STATT URSACHENBEHANDLUNG

Nun die Politiker als unsere gewählten Repräsentanten in die Pflicht zu rufen, im Kriegsfall für den Frieden einzutreten, mag durchaus Sinn machen. Aber ist das erfolgversprechend? Und würde es ausreichen? Ich denke nicht. Denn wer nur das Äußere und Oberflächliche im Blick hat, der kann nur das Vordergründige beseitigen, der tiefere Hintergrund der Probleme, also die Ursache, bleibt verborgen und weiterhin aktiv. So etwas erinnert mich an die übliche symptomorientierte Vorgehensweise in der Schulmedizin. Kommt hier ein Patient zum Arzt, würde dieser mit allen ihm bekannten Mitteln versuchen, den Patienten von seinen momentanen Symptomen und Beschwerden zu befreien. Die Ursache der Erkrankung bliebe aber in den meisten Fällen unangetastet – im schlimmsten Fall bis der Patient an seiner chronischen Erkrankung stirbt.

Materialistische Politiker und Ärzte glauben zutiefst an das, was sie machen. [...] Ich bin überzeugt, dass das von mir skizzierte falsche Menschenbild des Materialismus, also die Sicht auf den Menschen als eine Maschine, wo nur das Äußere, Sichtbare, Körperliche zählt und wo Probleme und Symptome – wenn überhaupt – nur für kurze Zeit beseitigt werden können, eine Scheinrealität ist, undurchdringbar für normal Denkende, für Menschen mit normalen Moralvorstellungen. Sie ist in der Medizin und Politik lebensgefährlich, weil sie sowohl für die Chronifizierung von Krankheiten als auch für das ständige Aufflammen von Krisen- und Kriegsherden in der Welt verantwortlich ist. Die grundlegende Lösung von zwischenmenschlichen Problemen verlangt einen völlig anderen, erweiterten Zugang.

Dieser Zugang zur Heilung der maschinenideologisch erkrankten Gesellschaft kann nur in der Auseinandersetzung mit dem Leben und der Schaffung einer erweiterten Sicht auf den Menschen gelingen, also mit einem neuen, ganzheitlichen Menschenbild. Dabei gilt *Mind over Matter*: Seele, Geist, Beziehungen, Kultur und Religion bestimmen unser Sein und nicht der Körper und das Stoffliche. Wir müssen ein Bewusstsein darüber erlangen, dass wir ohne emotional bedeutsame Beziehungen nicht lebensfähig sind. Und wir müssen verstehen, dass wir historisch Gewordene sind, also ständig tiefe, in der frühen Lebensgeschichte wurzelnde Erfahrungen die Art und Weise beeinflussen, wie wir aktuell Beziehungen leben, im Guten wie im Schlechten.

Wir werden daher keinen Frieden im Äußeren finden, wenn wir den Frieden nicht zuerst im Innern, in uns selbst finden. Genauso werden wir nicht die Konflikte im Außen konstruktiv begleiten und vielleicht sogar lösen können, wenn wir nicht die persönlichen Konflikte in uns selbst erkennen, in jeder sozialen Interaktion reflektieren und mit dem Gegenüber aushandeln. In einem gesunden sozialen Miteinander geht es daher nicht um Konfliktvermeidung, sondern um gewaltfreie Konfliktaustragung und das Aushalten von Widersprüchen.

IM GLÜCKLICHEN MITEINANDER LIEGT DAS HÖCHSTE GUT DES MENSCHSEINS

Eine solche Kultur des konstruktiven und gewaltfreien Miteinander-Ringens lässt sich nicht erreichen, wenn wir nicht einsehen, dass eine gesunde Zukunft der Menschheit zuallererst mit der Gesundheit unserer Kinder verbunden ist. Dafür muss es in unserer Kultur an vorderster Stelle stehen, Kinder bedingungslos zu lieben und ihnen Einfühlungsvermögen, soziale Kompetenz und Konfliktfähigkeit beizubringen. Und ihnen auf ihrem Lebensweg mitzugeben, dass im glücklichen Miteinander das höchste Gut des Menschseins liegt.

Dies ist ein sinnwahrend gekürzter Auszug aus der Rede, die Professor Dr. Dr. Christian Schubert bei der Kundgebung am 3. August 2024 in Berlin hielt.



Christian Schubert, gebürtiger Oldenburger, ist Professor an der Universitätsklinik für Psychiatrie II Innsbruck (Österreich) und Autor zahlreicher Bücher. Sein aktuelles Werk heißt »Was uns krank macht – was uns heilt: Aufbruch in eine neue Medizin – Das Zusammenspiel von Körper, Geist und Seele besser verstehen«. Foto: privat

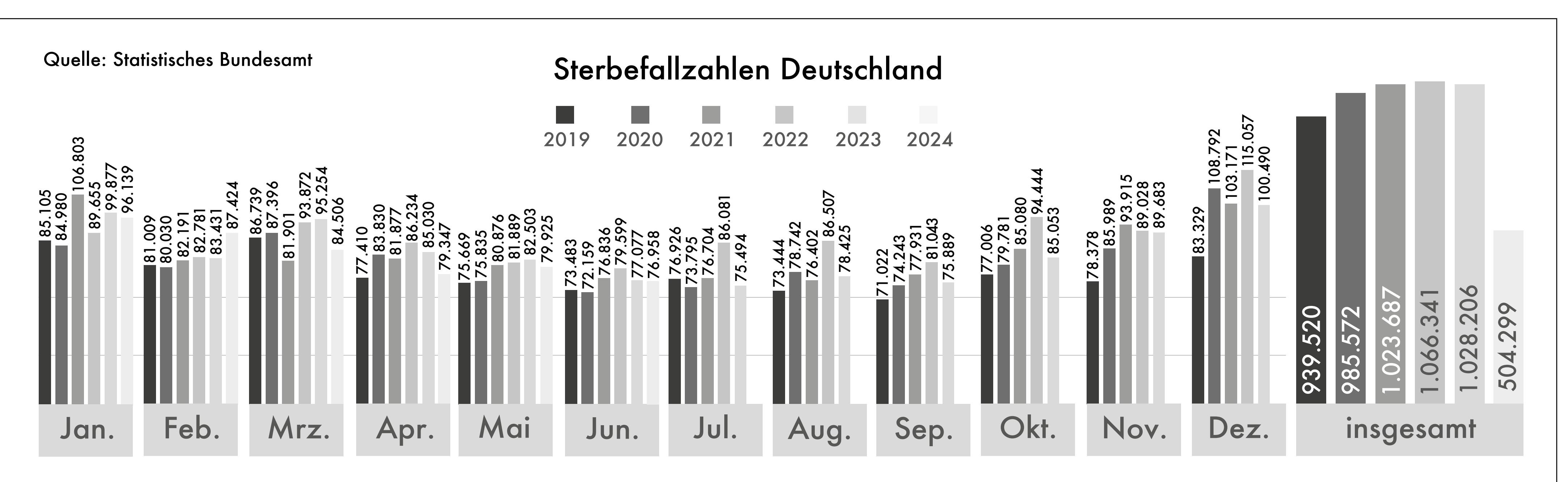
MELDUNG

WHO SCHLÄGT WIEDER ALARM

Genf/DW. Wie das *Handelsblatt* unter Berufung auf die Deutsche Presse-Agentur (dpa) am 7. August 2024 berichtet, schlägt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Alarm wegen »miserabler« Corona-Impfraten. Da Testergebnisse auf steigende Corona-Infektionszahlen hindeuten, sei die WHO besorgt und fordere Schutzmaßnahmen für Risikogruppen, heißt es in dem Bericht. Derweil informieren ÖRR und Konzernmedien die Bürger über einen neuen angepassten Spritzstoff von BioNTech/Pfizer, der ab dem 12. August erhältlich ein soll. (kmü)

NOTSTAND WEGEN AFFENPOCKEN?

Genf/DW. Die WHO erwägt aufgrund einer »neuen Mutante« der Affenpocken in Afrika die Ausrufung eines »internationalen Gesundheitsnotstands«. Dies berichtete der *Blog tkp.at* am 7. August 2024. In Kenia, dem wichtigsten Land für die USA in Ostafrika, könnte ein anti-westlicher Umsturz bevorstehen. Die Inszenierung einer Pandemie würde dabei helfen, heißt es in dem Artikel weiter. (kmü)



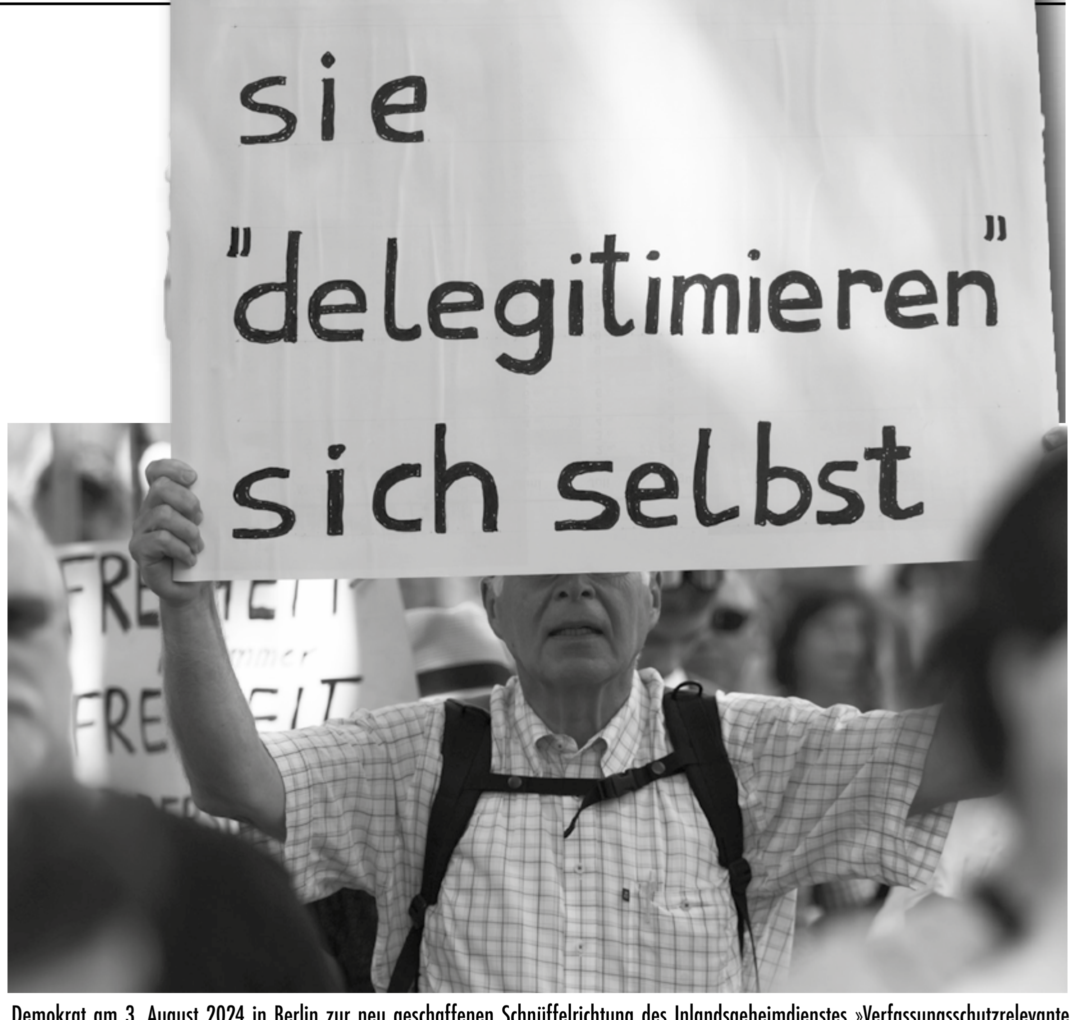
WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Die Demokratie-Transformer

Auf dem Weg in die Tyrannei: Von einer ideologischen und totalitären Bewegung, die keinen Widerspruch mehr duldet
| Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla



Demokrat am 3. August 2024 in Berlin zur neu geschaffenen Schnüffelrichtung des Inlandsgeheimdienstes »Verfassungsschutzrelevante Delegetimierung des Staates«. Foto: Georgi Belickin/DW.

Hinter den Kulissen haben sich Menschen zusammengetan, die unter dem Vorwand der Weltrettung nicht mehr bereit sind, andere politische Meinungen zu akzeptieren – einige sprechen in dem Zusammenhang von einem *Deep State*, andere von Transformation, *Great Reset, Green Deal* oder Zeitenwende. Egal, wie man es nennt: Wir haben es offensichtlich mit einer ideologischen und totalitären Bewegung zu tun, deren selbsternannte Weltretter und angebliche Verteidiger der Demokratie inzwischen eine parteiübergreifende Front bilden, die keinen Widerspruch mehr zulassen will.

Dabei brechen sie selbst das Gesetz oder deuten Gesetze zu ihren Gunsten um. So bedeutet Freiheit nun also, dass man bei einem Gen-Experiment mitmachen muss, wenn man seine nach dem Grundgesetz garantierten Rechte wieder ausüben will. Die Freiheitsrechte werden seit Corona unter Vorbehalt gestellt, man muss sie sich erst verdienen. Ich behaupte, dass die wahre Freiheit erst zurückkommt, wenn diese Tyrannen die politische Bühne verlassen haben. Man hat Deutschland nicht in die Freiheit geimpft, sondern in die Diktatur.

UMBAU DER GESELLSCHAFT

Nun plant man in kürzester Zeit einen kompletten Umbau der Gesellschaft nach den Vorgaben der Transformationsfreunde aus dem Silicon Valley. Ihre Technik soll unter dem Stichwort der Digitalisierung in allen Bereichen unserer Gesellschaft Einzug halten. Ob die Menschen diesen »Fortschritt« wollen, spielt keine Rolle.

Dass die breite politische Meinungsfront der Transformationsfreunde sich aber nicht mehr hinsichtlich einer solchen Zukunft reinreden lassen will, sieht man an der politischen Brandmauer gegen Menschen, die eine solche digitale Zukunft ablehnen. Besonders hervor tut sich hier CDU-Chef Friedrich Merz. Er sieht sich aufgrund aktueller Wahlumfragen auf dem richtigen Weg – um die Macht zu übernehmen. Mit wem? Das ist ihm herzlich egal.

DIE EU IST WIE EINE MAFIA

Kommen wir zur EU: Die »Brüsslokratie« ist eine zentralistische und totalitäre Herrschaft, die am Ende zur Auflösung der Staaten führt. Die drei Säulen des Staates: Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsmacht – was ist davon noch übrig geblieben? Staatsvolk, das sind alle, die da sind (auch illegal) oder hier geboren wurden. Staatsgebiet: Die Grenzen kann man nicht mehr schützen. Und über die Staatsgewalt müssen wir nicht mehr sprechen. Legislative und Exekutive wurden einfach zusammengelegt, die Gewaltenteilung fiel der Pandemie zum Opfer.

Die Machtbefugnisse der EU werden dabei immer weiter ausgedehnt, etwa unter dem Vorwand des Umweltschutzes, inzwischen auch widerrechtlich bei der Geldpolitik. Über die Köpfe der Menschen wird die EU-Zone immer weiter ausgedehnt. Nächstes Mitglied: die Ukraine. Die EU ist ein Club, in dem man mal eingetreten ist, in dem falsche Versprechungen gemacht wurden und bei dem es auch keinen Ausstieg mehr geben soll. Erinnert mich an die Mafia.

VERBOT DER OPPOSITION

Da man trotz aller Propaganda die Bevölkerung nicht von der großen Transformation überzeugen kann, bedient man sich einer totalitären Politik und erklärt den politischen Gegner zum Antidemokrat. Pluralismus ist in der Zeitenwende jetzt der jährliche mögliche Geschlechtswechsel. Normalerweise versteht man darunter aber, dass in einer Demokratie viele verschiedene politische, zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche oder religiöse Interessengruppen miteinander konkurrieren dürfen und dies auch gewünscht ist. Nach John Locke beginnt die Tyrannis dort, wo das Recht endet. Wer sich selbst nicht mehr an das Recht hält und dabei eine willkürliche und widerrechtliche Befehlsgewalt ausübt, einer Opposition die Demokratie abspricht, der kann sich eben nicht mehr auf das Recht berufen – der ist bereits selbst zum Tyrannen geworden. Dass ein Verbot der Opposition nicht möglich ist, wissen wir nach dem Urteil des Verfassungsgerichts zum Parteienprivileg. Deshalb versucht man auf andere Art und Weise, sie zu unterdrücken, etwa indem man Medien wie *Compact* unter dem Vorwand verbietet, sie seien verfassungsfeindlich. Man schafft mit der Macht des Staates erst mal Tatsachen. Oppositionelle vor Gericht zu ziehen, hat inzwischen Konjunktur. Opposition wird heute wieder als Feindschaft gedeutet. Dabei handelt es sich um ein dialektisches System, das einen Fundamentalkonsens voraussetzt, bei dem beide Gruppen einen ritualisierten und institutionalisierten Scheinkampf austragen. Wer aber Opposition gar nicht mehr zulassen will, der befindet sich selbst außerhalb des demokratischen Systems.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.



DAS COMPACT-VERBOT IST JURISTISCH HALTLOS (TEIL 2)

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. jur. Martin Schwab

Im zweiten Teil meiner Analyse der *Compact*-Verbotsverfügung gehe ich auf den Antisemitismus-Vorwurf und das V-Wort ein.

Das *Compact*-Magazin verbreite, so die Verbotsverfügung, antisemitische Inhalte. Dieser Vorwurf wird unter anderem darauf gestützt, dass mehrfach von »globalen Finanzeliten« oder von »Hochfinanz« und deren politischer Einflussnahme die Rede sei. Dies deutet die Bundesinnenministerin in dem Sinne, dass damit dem antisemitischen Vorurteil des einflussstarken jüdischen Großkapitals Vorschub geleistet werde. Dabei wird indes bewusst (S. 40 der Verbotsverfügung) für irrelevant erklärt, dass zum Beispiel Bill Gates oder die Rockefellers keine Juden sind. Darin liegt ein eklatanter Mangel in der Begründung der Verbotsverfügung. Das Phänomen, dass finanzstarke Akteure der Versuchung erliegen, ihr Geld einzusetzen, um auf die Politik Einfluss zu nehmen, und dass Politiker ihrerseits der Versuchung erliegen, anschließend Politik im Interesse ihrer Finanzierer zu machen, hat nichts mit der Zugehörigkeit zu irgendeiner Glaubensgemeinschaft zu tun. Der Gedankengang »Wer Superreiche kritisiert, kritisiert Juden und ist daher Antisemit«, der in der Verbotsverfügung zum Vorschein tritt, ist abwegig.

Richtig ist vielmehr: Eine zu starke Allianz von Macht und Geld gefährdet die Demokratie. Diese Einsicht liegt zum Beispiel Paragraph 25 Abs. 3 PartG zugrunde, wonach Parteispenden oberhalb von 10.000 Euro transparent zu machen sind – unter Angabe des Namens des Spenders. Das *ZDF* berichtete am 30. Mai 2024 von 100 Millionen Euro an anonymen Parteispenden. Der Beitrag adressiert das Problem der taktischen Stückelung von Spenden, um dieses Transparenzerfordernis zu umgehen, und kritisiert die oftmals nachlässige Prüfung der Spenden-Transparenz durch die Bundestagsverwaltung.

DAS »VERSCHWÖRUNGSNARRATIV« DES »GREAT RESET«

Der angeblich antisemitische Charakter der *Compact*-Veröffentlichungen soll sich unter anderem außerdem darin zeigen, dass in *Compact*-Beiträgen das »Verschwörungsnarrativ« des »Great Reset« aufgegriffen werde, wonach globale Eliten eine weltweite totalitäre Diktatur anstrebten. Dabei wird unter anderem Anstoß an der in *Compact*-Beiträgen vertretenen These genommen, die Corona-Pandemie sei künstlich inszeniert worden, um die Interessen der globalen Machtelite durchzusetzen. Gerade in diesem Kontext verwendet die Verbotsverfügung das Attribut »antisemitisch« auffällig oft, und zwar ohne die Verwendung dieses Attributs zu begründen.

Was aber ist, wenn die Befürchtungen der *Compact*-Autoren einen realen Hintergrund haben? Wie bewertet die Bundesinnenministerin zum Beispiel das Planspiel »Event 201«, das kurz vor Ausbruch der Corona-Krise die Reaktion von Politik und Medien auf ein neuartiges Corona-Virus simulierte (dazu näher Paul Schreyer, *Chronik einer angekündigten Krise*, 2020)? Was sagt die Bundesinnenministerin zum Szenarien-Papier »The SPARS Pandemic 2025-2028«, das bereits 2017 an der Johns Hopkins University entstand?

WAS IST EIGENTLICH EINE VERSCHWÖRUNGSTHEORIE?

In jüngerer Zeit hat sich Stefan Magnet (*Transhumanismus*, 2022) mit dem möglichen Phänomen einer totalitären globalen Agenda beschäftigt. Brigitte Röhrig (*Die Corona-Verschwörung*, 2023) bemüht sich um die Darlegung, dass – und wie – die Menschen in eine Impfung getrieben wurden, bei deren Zulassung die Behörden die Einhaltung fundamentaler Standards vermissen ließen. Nimmt die Bundesinnenministerin solche Publikationen zur Kenntnis, bevor sie einen aus ihrer Sicht missliebigen Medienkanal verbietet?

Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

In der Verbotsverfügung ist oftmals von »Verschwörungstheorien/-erzählungen/-ideologien/-narrativen« und anderen Varianten des V-Wortes die Rede. Insoweit fehlt es indes bereits an einer klaren Begriffsbildung: Was ist eigentlich eine »Verschwörungstheorie«? Versuche, der Bundesregierung mithilfe parlamentarischer Anfragen eine Definition dieses Begriffs aus dem Kreuz zu leiern, sind erfolglos geblieben (Bundestags-Drucksache 19/25571, Frage 52; Bundestags-Drucksache 19/31171, Frage 28; Bundestags-Drucksache 19/31438, Fragen 37 und 38). Solange dieses Defizit nicht behoben wird, ist eine Subsumtion unter jenen Begriff zum Scheitern verurteilt. Ohne subsumtionsfähige Begriffe lassen sich aber keine behördlichen Eingriffsverfügungen begründen.

Das V-Wort wird meistens im Zusammenhang mit den Antisemitismus-Vorwürfen verwendet. Der Leser gewinnt den Eindruck, dass in der Verbotsverfügung eine Denkfigur wiederkehrt, die wir schon aus der Corona-Zeit kennen: Verschwörungstheorien, so wurde behauptet, entstammten oft dem antisemitischen Lager. Dadurch wurde beim Medienkonsumenten die Assoziation geweckt, dass Verschwörungstheorien immer antisemitisch seien. Damit wurde einer unsinnigen Logik das Wort geredet: Das Gras ist grün, also ist alles, was grün ist, Gras. Eben dieses substanzlose *Framing* prägt auch die Verbotsverfügung, soweit es um die Verwendung des V-Wortes geht.

(Diese Kolumnenserie von Prof. Dr. jur. Martin Schwab wird in mindestens drei weiteren DW-Ausgaben fortgesetzt.)

Neue olympische Sportart: Frauen vermöbeln

Wie irre wird es noch? – Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, auch in dieser Woche muss ich mich erneut an Olympia abarbeiten. Leider ist es inzwischen so, dass die irren *Woken* es schaffen, jede größere Sportveranstaltung für ihre Zwecke zu kapern und zu ruinieren. Man munkelt, in Russland sei man inzwischen sehr glücklich darüber, in Wokistan nicht dabei zu sein.

»Medienfuzzi« Oliver Brendel brachte die Aktualität der Ereignisse vor wenigen Tagen in einem *Meme* auf Telegram auf den Punkt: »Die Frauen von heute sind wie eine Schachtel Pralinen. Manche haben Nüsse« und spielte damit auf Imane Khelif (Algerien) und Lin Yu-Ting (Taiwan) an, die laut Box-Weltverband IBA, der wissenschaftliche Tests durchführte, männlich sind, aber bei Olympia dennoch gegen Frauen kämpfen dürfen. Neue olympische Sportart: Frauen vermöbeln! Die linke *FAZ* findet das offenbar völlig in Ordnung und wettert, die beiden seien »einer Kampagne« ausgesetzt. Inzwischen sind Fotos aufgetaucht, die Khelif im Training zeigen – mit einem Männer-Tiefschutz. Tennis-Legende Boris Becker kommentierte dies mit einem »LOL« für lautes Lachen. Seit wann benötigt eine Frau einen Hodenschutz? Tja, wer solche unverschämten Fragen stellt, ist entweder ein transfeindlicher Hetzer oder – das kennen wir zur Genüge – ein Rechter. Für diese *woke* Transideologie werden jahrzehntelang hart erkämpfte Frauenrechte nun zum wiederholten Male im wahrsten Sinne mit Fäusten geschlagen. »Ich werde alle Männer aus dem Frauensport fernhalten«, verkündete Donald Trump via sozialen Medien. Es gehe bei der Debatte nicht darum, jemanden diskriminieren zu wollen, erklärte Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, »sondern um das Recht der weiblichen Athleten zu schützen«. Es ist sicher nur ein Zufall, dass die *Transgender* bei Olympia ausschließlich bei den Frauen antreten, oder?



Imane Khelif aus Algerien boxte am Freitag (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) im Weltergewicht (bis 66 kg) um die Goldmedaille bei den Olympischen Spielen in Paris. Foto: CC/Algérie Presse Service

OHNE SPRITZE AN DIE SPITZE

Um nochmals auf die satanische Eröffnungsfeier zurückzukommen (DW 181) – dazu passt: Das Olympische Komitee hatte dem 23-jährigen brasilianischen Weltklasse-Surfer Joao Chianca bereits vor Wochen ermahnt, er möge das Bild von Cristo Redentor, der weltberühmten Christus-Statue im Süden Rio de Janeiros, von seinem Surfbrett entfernen, anderenfalls drohe ihm der Ausschluss von den Spielen. Ich bin mir sicher: Ein Teufel wäre in Ordnung gewesen. Oder ein Regenbogen. Tennisheld Novak Djokovic ließ sich nicht beirren. Nachdem er das olympische Finale gegen den Spanier Carlos Alcaraz gewann, bekreuzigte er sich und küsste das orthodoxe Kreuz, das an einer Kette um seinen Hals hing. Schon in der Coronazeit ließ sich der mutige *Preisträger der Republik* trotz massiven Drucks nicht einschüchtern, verzichtete auf die Giftspritze und somit auf sportliche Titel und viel Geld. Kurios: Djokovic' Gentherapie-Verweigerung brachte Alcaraz im März 2023 an die Spitze der Weltrangliste. Nun revanchierte sich der Serbe. Ohne Spritze an die Spitze – oder auf den Olymp!

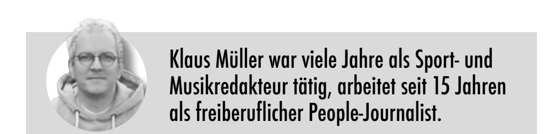
Zur Politik: Die CDU veranstaltet wenige Wochen vor der Landtagswahl in Thüringen (1. September) einen wirklich höchst anspruchsvollen Wahlkampf. In einem Werbespot inszeniert sich Mario »das Mettbrötchen« Voigt bürgernah in der Küche einer potenziellen Wählerin – oder seiner Oma? Nach dem Kaffeeklatsch am Ende des Clips sagt ein achtjähriger Junge mit verspiegelter Sonnenbrille: »Höcke ist doof, richtig doof.« Das Video erinnerte mich sofort an die »Tagesschau in einfacher Sprache«. Die Zuschauer – in diesem Fall: potenziellen Wähler – hält man in der CDU offenbar für äußerst dämlich. Ich stimme Larissa Fußer von *Apollo-News* voll zu, die das Video wie folgt kommentierte: »Wer seine Wähler für Schafe hält und sie auch so anspricht, ist am Ende womöglich selbst das Schaf.« Määäh!

BAERBOCK WIE EIN TELETUBBY AUF ECSTASY

Die grüne Außenministerin Annalena Baerbock trieb sich derweil Anfang August in Paris herum – bei den Olympischen Spielen. Das kann man sich in Anbetracht der aktuellen Weltlage schon mal gönnen. Bei einem Interview mit *Welt TV* nahm die Ex-Trampolinspringerin dem Reporter das Mikro ab, betätigte sich als Aushilfsmoderatorin und freute sich: »Haha«. Dabei redete sie völlig überdreht wie ein Teletubby auf Ecstasy und fachsimpelte mit dem Reporter über diverse Sportarten. Ihr Fazit: »Man lernt immer was Neues.« Ja, ein bisschen Bildung kann nicht schaden, Frau Baerbock.

Was ist sonst noch passiert? Am 5. August sackte der Nikkei-225-Index um 12,4 Prozent ab. Dies war der größte Tagesverlust in der Geschichte der Tokioter Börse. Wie kam es dazu – war Putin schuld oder die AfD? Nee, in diesem Fall lag es wohl eher wieder am Klima. Das Satiremagazin *Süddeutsche Zeitung* jedenfalls twitterte einen Tag später: »Hitze kann den Kursen schaden.«

Zum Schluss noch das: Die *Bild* berichtete am 7. August über den fest angebundenen Deckel an Getränkeflaschen, mit dem die EU vorgab, die Umweltverschmutzung bekämpfen zu wollen. Ein Experte verriet dem Blatt – Achtung, Überraschung: Bringt nix! Schade, dabei war die Idee doch so genial. Mal sehen, mit welchen Einfällen die EU demnächst um die Ecke kommt – vielleicht ja mit Autos, die sich nur noch starten lassen, wenn sie voll besetzt sind oder mit Klopapierrollen, bei denen sich pro Sitzung nur noch zwei Blatt abreißen lassen. Es ist auf jeden Fall beruhigend zu wissen, dass man sich in Brüssel um uns Bürger sorgt. Bis nächste Woche!



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

MELDUNG

CHRISTIAN DETTMAR: REVISIONSVERHANDLUNG AM 28. AUGUST

Karlsruhe/Weimar/DW. Der Bundesgerichtshof (BGH) wird in der Revision des wegen des Tatvorwurfs der Rechtsbeugung suspendierten und vom Landgericht Erfurt am 23. August 2023 zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilten Familienrichters und *Preisträgers der Republik*, Christian Dettmar aus Weimar, am Mittwoch, 28. August 2024 um 10:30 Uhr (Sitzungssaal Rintheimer Querallee 11 in 76131 Karlsruhe) öffentlich verhandeln. Dies gab der BGH in einer Pressemitteilung am 23. Juli 2024 bekannt. Wie das »Netzwerk kritischer Experten« auf Telegram mitteilte, sei eine mündliche Verhandlung in einer Straf- und Revisionssache vor dem BGH »sehr, sehr selten«. Dettmar hatte es gewagt, die Corona-Maßnahmen an zwei Schulen mit Hilfe von Sachverständigen überprüfen zu lassen (DW berichtete mehrfach). (kmü)

NEUER SKANDAL IM BAERBOCK-MINISTERIUM

Berlin/DW. Die Ehefrau eines für Visumrecht zuständigen Beamten des Auswärtigen Amts (AA) vertritt als Rechtsanwältin Afghanen, die an der deutschen Botschaft in Islamabad Visa beantragt haben, und berät Botschaftsmitarbeiter, die solche Visa-Entscheidungen treffen. Dies berichtete *Tichys Einblick* am 7. August 2024 und beruft sich dabei auf Recherchen von *Business Insider*. Dem Bericht zufolge habe das Auswärtige Amt den Fall »geprüft«, sehe aber keinen Interessenkonflikt. (kmü)

BUNDESREGIERUNG WILL FAKE NEWS FÖRDERN

Berlin/DW. Wie *Apollo-News* unter Berufung auf den *Evangelischen Pressedienst* am 7. August 2024 berichtete, möchte die Bundesregierung per Anwendungserlass »gemeinnützigen Journalismus« fördern. Profitieren davon könnten umstrittene Redaktionen wie *Correctiv*. Das Portal ist berüchtigt wegen seiner *Fake News*, erfand beispielsweise das sogenannte »Geheimtreffen«, bei dem sich am 25. November 2023 in einer Villa in der Nähe des Wannsees u. a. mehrere AfD-Mitglieder getroffen hätten, um die Deportation von Millionen Deutschen mit Migrationshintergrund zu planen (DW berichtete). Der Chef des Portals, David Schraven, musste hinterher zugeben, eine Falschbehauptung in die Welt gesetzt zu haben. (kmü)

ÖSTERREICH: »LETZTE GENERATION« LÖST SICH AUF

Wien/DW. Nach übereinstimmenden Medienberichten vom 6. August 2024 hat sich die »Letzte Generation Österreich« nach jahrelangen Protesten gegen die angebliche Klimakrise aufgelöst. Grund: Die Aktivisten sahen »keine Perspektive für Erfolg«. Schuld daran sei die Gesellschaft, die »versagt« habe und weiterhin in »fossiler Ignoranz« verharren wolle. (kmü)

Demokratiebewegung



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14.00 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • DR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
ZELLA-MEHLIS: Samstag 11.00 • MDR Regional • Gemeinwohl Seminar
Wiesbaden Samstag 19.30 Wiesb.Kurier Schulgasse/Neugasse
Wolfsburg Samstag ab 11 Wolfsb. Nachr. Hugo-Borg-Platz
Zeltweg – A Montag 18.00 Steirer Kronenzeit. Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus –ALTWARMBÜCHEN, 18 Uhr, am Rathaus –ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – ARNIS, 18 Uhr, Schifferkirche – ATTENDORN, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LANGENSALZA, 19 Uhr, vor dem Teeladen – BERLIN – KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BIBESHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – BÜRGEL, 18 Uhr, am Schützenhaus –DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – HOFGEISMAR, 18 Uhr, am Rathhaus – LANGENSELBOLD, 18.30 Uhr, am Marktplatz – LIPPSTADT, 18 Uhr, am Rathausplatz – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – OESTRICH-WINKEL, 18 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – PFEDELBACH, 18 Uhr, am Rathaus – PLÜDERHAUSEN, 18 Uhr, am Marktplatz – RÖBEL, 18 Uhr, am Rathaus – SELIGENSTADT, 18.30 Uhr, am Kapellenplatz.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 10.8.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 10.8.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 10.8.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 10.8.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 10.8.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 10.8.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 11.8.2024 14-16 Uhr	Karlsruhe, Ecke Kaiserstraße/Lammstraße	Mahnwache
So, 11.8.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 12.8.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 12.8.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 12.8.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 12.8.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 12.8.2024 19-20 Uhr	Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 12.8.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 12.8.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 12.8.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18:45-21 Uhr	Feucht, Altdorfer Str., am Schneckenbrunnen	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 12.8.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 12.8.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-19 Uhr	Höxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-19 Uhr	Melsungen, Am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18:30-21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 12.8.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 12.8.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 12.8.24 18-19:30 Uhr	Solingen, Am Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 12.8.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 12.8.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 12.8.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 12.8.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 12.8.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 13.8.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 13.8.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 13.8.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 13.8.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 13.8.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 14.8.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 14.8.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 14.8.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 14.8.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 14.8.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 14.8.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 14.8.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 14.8.2024 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 14.8.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 14.8.2024 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 14.8.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 15.8.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 15.8.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 15.8.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 15.8.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 15.8.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 15.8.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 15.8.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 15.8.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 15.8.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 16.8.2024 18-19:30 Uhr	Bielefeld, Jahnplatz	Spaziergang
Fr, 16.8.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 17.8.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 17.8.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 17.8.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 17.8.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 17.8.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 17.8.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Mi, 4.9.2024 15-16:30 Uhr	Bielefeld, Rathausplatz	Spaziergang

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: **https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN**



DAS CORONA-TRIBUNAL WURDE ERÖFFNET

KOLUMNE FÜR KARL HILZ,
dem verstorbenen Gründer der Polizisten für Aufklärung e.V.

Der Querndenkergerichtshof entstand aus der Hoffnung eines Bundesgesundheitsministers außer Dienst. Der Immobilienhändler Jens Spahn hatte am 22. April gegenüber unseren Kollegen von NTV geäußert: »Corona-Aufarbeitung darf kein Querdenkergerichtshof werden!«

Doch, das wird sie. Auch deshalb, weil unsere Justiz weiterhin die Terrorlüge mitträgt, unbescholtene Bürger zu Vorbestraften macht und nichts unterlässt, uns alle davon zu überzeugen, dass wir in einer perversen Diktatur leben, die die Gewaltenteilung zerstört hat, um uns nachd em Willen der Faschisten der Gegenwart – der Amerikaner und ihrer Ableger in London und Brüssel – in den Dritten Weltkrieg zu treiben. Was zählen da schon über 25.000 mit den giftigen MRNA-Stoffen zu Toge gespritzte allein laut der offiziellen Angabe der EMA-Behörde plus über 660.000 schwere Nebenwirkungen plus jeweils Vielfache an Dunkelziffern?

Am 2. August versammelten sich etliche Demokratinnen und Demokraten, die nicht bereit sind, sich von ihrem Staatsapparat inklusive Justiz und Medienkonzernen angreifen und kriminalisieren zu lassen. Das Eröffnungstreffen des Corona-Tribunals fand statt auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz, wo ab 28. März 2020 die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung entstanden war und sich seither bundesweit verbreitet. Klar ist: Die politischen Gefangenen unserer Bewegung müssen so schnell wie möglich freigelassen werden. Wir vergessen nichts und lassen niemanden zurück. Alles Recht, jede Ethik, jeder Glaube und die Geschichte werden uns freisprechen. Doch noch sind Einige von uns noch immer in den Fängen des Regimes – im Folgenden einige Postanschriften.

• Justizvollzugsanstalt Landshut, Maximilian Eder, Berggrub5 84036 Landshut, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaftn einer terroristischen Vereinigung

• Justizvollzugsanstalt Sehnde, Michael Fritsch, Schnedebruch, 31319 Sehnde, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaftn einer terroristischen Vereinigung

• Justizvollzugsanstalt Koblenz, Dr. Dorothea Thul, Simmerenertr. 14a, 65075 Koblenz, fingierter Vorwurf desegimes: Volksverhetzung

• Justizvollzugsanstalt Stammheim, Rüdiger von Pescatore,sperger Str. 60, 70439 Stgt.-Stammheim, fingierterorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischenereinigung

• Justizvollzugsanstalt Stammheim, Andreas Meyer, Aspergertr. 60, 70439 Stgt.- Stammheim, fingierter Vorwurf desegimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung

• Justivollzugsanstalt Schw.-Gmünd, Johanna Findeisesn-uskoswiak, Herlikoferstr. 19, 73527 Schwäbisch Gmünd,ingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischenereinigung

• Justizvollzugsanstalt Mannheim, Dr. Jürgen Peters, Herzogenriethstr.11, 68169 Mannheim, fingierte Vorwürfe desegimes: Ausstellen von Maskenattesten, Verschreibung vonannabis an Patienten. (ale/jro)



Stufen der Berliner Volksbühne am 2. August. Foto: DW

SOWAS VON DA!

Die Großdemonstration in Berlin hielt, was sie versprochen hatte. | Von Batseba N'Diaye

3. August 2024 in Berlin. Wochenlang war in der deutschen Demokratie- und Friedensbewegung auf diesen Tag hingearbeitet worden. Der Plan: Ein unmissverständliches Zeichen an die Verantwortlichen der Corona- und Nato-Kriegspolitik: Wir werden nicht weichen.

Vorgeschobene Gründe hierfür waren eine Fahrradveranstaltung rund um den Großen Stern – die dort nicht stattfand – und eine Gegendemonstration von sage und schreibe zehn Menschen, die in ihrer Freizeit Echsenkostüme tragen. Dennoch äußerte sich Ballweg im Vorfeld zuversichtlich: »Es wird groß«, sagte er gegenüber dem DW wenige Tage vor der Versammlung (DW 181).



Demokrat macht die Sache klar. Foto: Georgi Belickin/DW


Versammlung beim Großen Stern auf der Hofjägerallee am 3. August 2024. Foto: F. Zender/DW

Der Stuttgarter Unternehmer Michael Ballweg hatte für diesen Tag einen Aufzug und eine Versammlung angemeldet. 5.000 Menschen sollten zum Umzug kommen, 17.000 dann zur Versammlung beim Großen Stern. Die Zahl 17.000 deshalb, weil im Jahr 2020 – zur ersten Querdenken-Demonstration in Berlin am 1. August – Politik, Polizei und Medienkonzerne die Zahl der Teilnehmer von Hunderttausenden auf eben diese 17.000 herunter gelogen hatten. Im Vorfeld war überhaupt nicht klar, ob es dieses Mal 17.000 Menschen werden würden. Eine solch große Demonstration war seit dem Ende der Coronamaßnahmen kaum gelungen. Nun war Sommer, Ferienzeit, ohne akuten Spritzendruck.



Schild beim Umzug am 3. August 2024. Foto: Georgi Belickin/DW

Michael Ballweg berichtete im Vorfeld von dementsprechenden Druck vonseiten der Polizei. Diese hielt die Zahl von 17.000 für unrealistisch, gängelte bei der Größe der Versammlungsfläche und verlegte die Demonstration vom historischen Ort des Großen Sterns und der Straße des 17. Juni auf die anliegende Hofjägerallee.

TRITTSCHALL DES AUFBRUCHS

Und er behielt recht. Die 17.000 waren da und zwar bereits beim Umzug, der, wie gesagt, nur für 5.000 Menschen angemeldet worden war. Eine Vielzahl von Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet hatte Wagen mitgebracht. Trommler gingen voran, in der Mitte des Zuges und an dessen Ende. Diese riesige Menge an Demokraten schaffte erneut das, was sie sich vorgenommen hatte: Zeigen, dass hier niemand die Lügen, die Verbrechen und die Quälerei des Coronaregimes vergessen hatte. Schilder wiesen auf die Folgen der Impfung hin, Deutschland- und Friedensfahnen wurde geschwungen, auf T-Shirts wurden juristische Verfahren für die Verantwortlichen gefordert, die einem Rechtsstaat angemessen sind.

Nach rund zwei Stunden erreichte der Umzug die Versammlungsfläche auf der Hofjägerallee. Michael Ballweg hatte erneut Equipment aufgefahren, das auch für ein Rammstein-Konzert angemessen gewesen wäre (nur Pyrotechnik fehlte). Videoleinwände boten auch den hintersten Reihen einen Blick auf die Bühne, welche – wie am 1. August 2020 – mittig gestellt worden war, sodass das Geschehen dort von allen Seiten begutachtet werden konnte. Das Programm startete mit einer Meditation und so blieb auch der Ton: friedlich, besinnlich, fast wie eine Trauma-Aufarbeitung. Verständlicherweise.

NACH VORN!

Michael Ballweg war neun Monate im Stuttgarter Gefängnis Stammheim inhaftiert worden, ohne dass überhaupt eine Anklageschrift vorlag – von einem Gerichtsverfahren ganz zu schweigen. Dies hatte zu zwei Jahren Zwangspause geführt, sodass Berliner Demokraten um Captain Future in den Jahren 2022 und 2023 die großen Augustdemonstrationen organisierten. Nun war Ballweg zurück und es wurde viel von »Heilung« gesprochen, »innerer Größe« und »innerem Frieden«. Alles sehr sympathisch, doch standen vor der Bühne Menschen, die in den vergangenen vier Jahren all das bereits mehr als genügend unter Beweis gestellt hatten.

Recht bald leerten sich die Reihen vor der Bühne, bis noch die 5.000 Menschen da waren, die eigentlich für den Umzug vorgesehen waren. Doch das tut dem Erfolg der Demonstration keinen Abbruch. Die Demokratiebewegung hatte an diesem Tag bereits unter Beweis gestellt, dass sie die treibende Kraft der Antikriegs- und Demokratiebewegung ist. Eine »Machtdemonstration« hieß es später in den Konzernmedien, die auffallend neutral bis wohlwollend über die Versammlung berichteten. Der 3. August 2024 machte klar, dass Deutschland an einer Aufarbeitung der Verbrechen unter der Corona nicht umhin kommt, dass eine gigantische Zahl an Menschen seit über vier Jahren an einem friedlichen und demokratischen Aufbruch arbeitet und die Lügen des Regimes einfach nicht mehr mitträgt.

»Das Einzige, was wirklich nervt«, so eine Teilnehmerin der Versammlung gegenüber DW, »dass unser Sieg so im Schneckentempo vorangeht. Wir hatten von Anfang an recht, jeder weiß das mittlerweile insgeheim, kann es sich aber nur in homöopathischen Dosen eingestehen. Deshalb: Weiter geht's!«

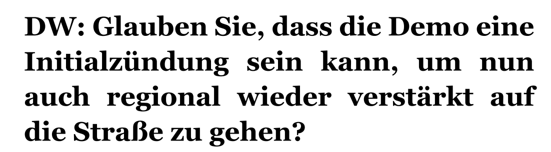


DW-Leser wissen mehr. Foto: Georgi Belickin/DW

»Wir müssen die Regierung mit ihren eigenen Waffen schlagen«

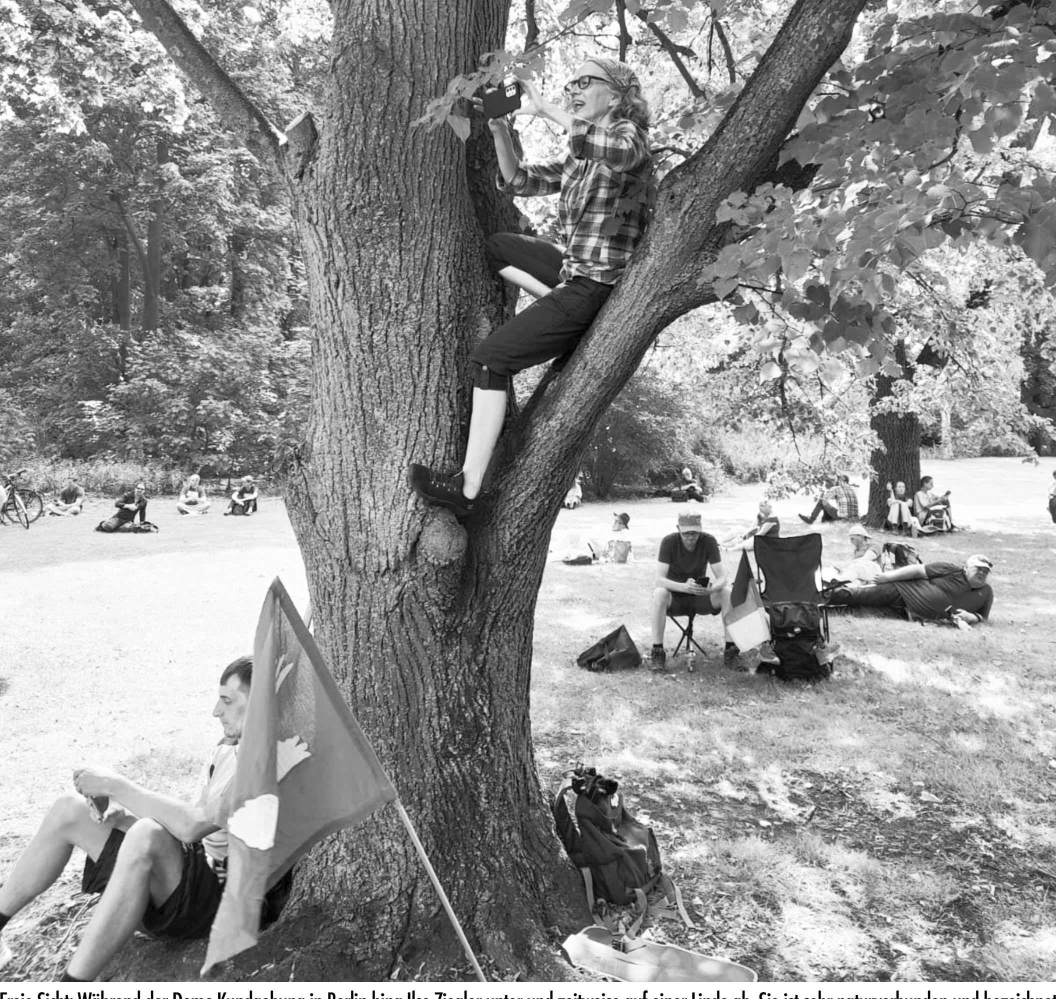
Die Ingolstädter Widerstandskämpferin Ilse Ziegler über die große Friedensdemo in Berlin am 3. August 2024 | Von Klaus Müller

DW: Sie waren am Samstag bei der großen Ballweg-Demo in Berlin vor Ort. Wie waren Ihre Eindrücke?
Ilse Ziegler: Als der Demozug zum Ort der Kundgebung kam, wartete ich mit meinem Lebensgefährten bereits in der Nähe der Bühne unter einer Linde. Was mir sofort auffiel, als die vielen Menschen eintrafen: Es war total still. Ich meine das nicht negativ, aber ich fand es außergewöhnlich, weil ich das auf einer so großen Demo noch nie erlebt hatte. Es war wie eine heilige Stille. Erst als die ersten Trommler eintrafen, änderte sich die Geräuschkulisse und es wurde zunehmend lauter. Überhaupt herrschte eine tolle Atmosphäre. Die Rede von Kilez More hat mir am besten gefallen. Ich kann jedem, der Nachhilfe in Politik und Geschichte braucht, nur raten, ihm zuzuhören. Witzig fand ich, dass die Einweisungen von Michael Ballweg, man dürfe das *Compact*-Magazin nicht erwähnen, mit Buhrufen übertönt wurden. Wir alle waren uns einig: Wir lassen uns nicht den Mund verbieten und werden uns nicht der *Mainstream*-Propaganda beugen.



DW: Glauben Sie, dass die Demo eine Initialzündung sein kann, um nun auch regional wieder verstärkt auf die Straße zu gehen?
I.Z.: Natürlich hoffe ich das. Wir sind am Montag in Ingolstadt derzeit immer mit nur etwa zehn Leuten auf der Straße. Das sah während Corona noch ganz anders aus. In Berlin dürften es jetzt sicher 30.000 Teilnehmer gewesen sein. Am 1. September gibt es in München die nächste große Friedensdemo. Da sind wir auch wieder mit einer größeren Reisegruppe vor Ort.

DW: Was sind für Sie die Hauptgründe, um derzeit auf die Straße zu gehen?
I.Z.: Das Wichtigste ist: Wir müssen friedenstüchtig werden. Die Hetze gegen Russland muss aufhören. Was in Berlin und in Brüssel passiert, kann man kaum noch in Worte fassen. Ursula von der Leyen wurde als EU-Kommissionspräsidentin wiedergewählt, obwohl jeder weiß, wie kriminell sie ist. Es gibt viele weitere Gründe, etwa die zunehmende Einschränkung der Meinungsfreiheit, den Abbau der Pressefreiheit, das Versagen von ÖRR und Altmedien ...


Freie Sicht: Während der Demo-Kundgebung in Berlin hing Ilse Ziegler unter und zeitweise auf einer Linde ab. Sie ist sehr naturverbunden und bezeichnet sich selbst als »Kräuterhexe«. Foto: privat

»EINFACH NICHT MEHR MITMACHEN«

DW: Unsere Stammleser kennen Sie seit Ausgabe 123, in der wir erstmals über Sie berichteten, und wissen, dass Sie zwei Mal im Gefängnis waren, weil sie sich weigerten, zweifelhafte Bußgelder zu zahlen. Ist schon absehbar, wann Sie möglicherweise ein drittes Mal ins Gefängnis gehen?
I.Z.: *(lacht)* Nein, derzeit zeichnet sich in diese Richtung nichts ab.

DW: Sie als erfahrene Widerstandskämpferin müssen es wissen: Wie wehrt man sich im Alltag gegen das derzeit herrschende Unrechtsregime am besten?
I.Z.: Einfach nicht mehr mitmachen! Wo immer Widerstand vonnöten ist, gilt es, ungehorsam zu sein.

DW: Sagt sich so einfach, würden Ihnen nun viele Menschen entgegnen, weil sie persönliche Nachteile befürchten.
I.Z.: Deshalb funktioniert dieses System – noch. Aber wenn man dem Unrecht immer nachgibt, muss man erst recht Unannehmlichkeiten fürchten. Bei einer Bußgeldandrohung zahlen die meisten spätestens dann, wenn die Androhung kommt, ins Gefängnis zu müssen. Viele Leute sagten mir: Sie bleiben dann im Gegensatz zu mir lieber in Freiheit. Dabei haben wir doch längst nur noch eine Schein-Freiheit in unserem Land. Ich habe mich sogar im Gefängnis freier gefühlt.

DW: Das klingt fast so, als wären Sie lieber im Knast als draußen.
I.Z.: Ich fand es da drin schon sehr angenehm, weshalb ich einen dritten Gefängnis-Aufenthalt nicht ausschließen möchte *(lacht)*. Ich war im Knast weder wütend noch traurig noch depressiv, fühlte mich auch nicht als Opfer. Ich bin mit Humor reingegangen und dachte nur: Hey Leute, das ist meine Steuerrückerstattung.

»WIE ÄRGERT MAN DEN TEUFEL? INDEM MAN IHN AUSLACHT«

DW: Sie sind offenbar immer gut gelaunt. Wie schaffen Sie das in diesen schwierigen Zeiten?
I.Z.: Man hat immer zwei Möglichkeiten. Entweder man wächst an einer Situation oder zerbricht an ihr. Selbstmitleid hat noch niemandem geholfen. Wie ärgert man den Teufel am besten? Indem man ihn auslacht! Für die Regierung unseres Landes ist es das Schlimmste, dass wir sie nicht mehr ernstnehmen und ihre Verbote missachten. Eure Aktion mit *Nãncy* fand ich großartig! So muss es laufen: Sie knallen uns eine Tür vor der Nase zu, wir machen eine andere auf. Wer das System kennt, kennt auch seine Lücken. Wir müssen die Regierung mit ihren eigenen Waffen schlagen.

DW: Frau Ziegler, wir danken Ihnen für das erneute Gespräch.


Ilse Ziegler mit ihrem Lebensgefährten Klaus Schwarz (r.) und Klaus Müller vom DW. Foto: privat

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

AND THE WINNER IS ...

Vielen Dank für Euren Einsatz für die Pressefreiheit mit dem Magazin *Nãncy*.

Es ist ein absolutes Unding, wie die Bundesinnenministerin Fäser hier gegen die Opposition vorgeht.

Es kann doch einfach nicht sein, dass hier ein Magazin verboten wird, indem man das Magazin erst zu einer GmbH und dann diese GmbH zu einem Verein erklärt. Toll, dass Ihr da diesen mutigen und humorvollen Vorstoß gewagt habt.

Für mich ist das ein Zeichen, dass es wirklich egal ist, ob man »links« oder »rechts« steht, solange man sich dagegen wehrt, dass hier Grundrechte so asozial gebrochen und Menschen von der Regierung dermaßen fertig gemacht werden.

Ich wünsche Euch und Euren Familien nur das Beste!

Schön wäre es, wenn das Verbot bereits mit der Eilentscheidung des Gerichts aufgehoben wird, die Nancy zurück tritt und Ihr als Nãncy-Macher einen fetten Preis einheimst. Den habt Ihr nämlich verdient! So wie ich die Gerichte in den letzten Jahren kennengelernt habe, werde ich darauf aber nicht setzen.

Und mit dem Preis wird es auch vorerst wohl nichts. Da muss sich dann doch noch einiges politisch ändern.

Meine Hochachtung habt Ihr auf jeden Fall. Und den von Hunderttausenden weiteren ebenso, das weiß ich. Bleibt stark!

– Frieda G., Dresden

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

instagram.com/demokratischerwiderstand

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand



Demokrat und eine »Oma für Frieden« am 3. August 2024 in Berlin. Foto: Georgi Belicikin/DW

Das Volk gegen die Scholz AG

Während in Berlin Zehntausende für Frieden demonstrieren, wollen unsere Herrscher den nächsten Krieg vom Zaun brechen | Von Uli Gellermann

Sie kamen von der Küste oder den Alpen, vom Bodensee oder dem Müritz-Meer, mit Bussen, Bahnen oder dem Auto nach Berlin zur großen Friedens-Demo in der Hauptstadt. Auch die politischen Richtungen, aus denen sie kamen, war ziemlich unterschiedlich. Aber sie waren sich in einem Punkt einig:

Die aktuelle deutsche Regierung treibt mit ihren Waffenlieferungen den Krieg in der Ukraine an; sie gefährdet den Frieden, provoziert den russischen Nachbarn und fährt den gefährlichen Kurs der Nato. Ein Kurs, der unser Land an die Wand fährt.

Schnell meldet die *Tagesschau*, dass sich bis zu 12.000 Menschen an der großen Demonstration beteiligt hätten. Unabhängige Beobachter haben über 50.000 Teilnehmer und mehr gezählt. Nicht wenige der Demonstranten waren in den letzten Jahren an Aktionen gegen das Coronaregime beteiligt. Und obwohl seit der Veröffentlichung der RKI-*Files* auch den Blödesten klar sein sollte, dass es sich bei der angeblichen Pandemie um eine Verschwörung der Pharma-Industrie und ihren Marionetten auf der Regierungsbank gehandelt hat, setzt zum Beispiel der Westberliner *Tagesspiegel* gehorsam und unbelehrbar auf die Diffamierung der Friedens-Demo als »rechts«. Brav apportiert das Blatt die Meinung der Regierung.

NSDAP IN DEN MEDIEN-GENEN

Vor Ort gab es kein Interview der Mehheitsmedien mit den Initiatoren und entsprechend einseitig waren die Berichte: »Vereinzelte Festnahmen« meldet die *Tagesschau* brav in ihrer Überschrift – das würde ihr bei einem Fußballspiel natürlich nicht einfallen. Das *Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)* findet am Rand der Demo eine Mikro-Gruppe, die »Omas gegen Rechts«, die so tun, als wären sie wichtig und demokratisch. Das *RND* hat über einen Mitfinanzier, die DuMont Mediengruppe, ein NSDAP-Mitglied in den Genealogie und auch die SPD ist über ihre Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH an der Manipulationsmaschine beteiligt.

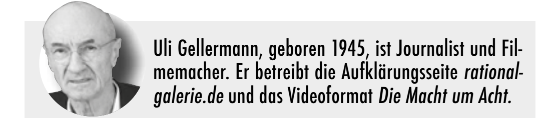
PISTORIUS: OBERGEFREITER MIT PARTEIKARRIERE

Kurz vor der Friedensdemonstration melden die Medien von *Tagesschau* bis *ntv* voll Stolz: »Deutschland hilft beim Schutz von Südkoreas Grenze«. So als ob er die Grenze gegen die Nordkoreaner verteidigen müsste, hält Rüstungsminister Pistorius eine flatternde Deutschland-Fahne in den Wind. Nach den Russen und den Chinesen sind jetzt auch die Nordkoreaner im Visier des Ministers. »Viel Feind, viel Ehr« war das Motto des Landsknechtführers Georg von Frundsberg. Der starb am 20. August 1528 auf seiner Stammburg Mindelheim und resümierte: »Drei Dinge sollten jedermann vom Krieg abschrecken: Die Verderbung und Unterdrückung der armen, unschuldigen Leute, das unordentliche und sträfliche Leben der Kriegsknechte und die Undankbarkeit der Fürsten.« Von solchen Erkenntnissen ist der Obergefreite Pistorius, der außer einer Parteikarriere nichts vorzuweisen hat, weit entfernt. Bei seinem Besuch in der Pufferzone zwischen Nord- und Süd-Korea fiel Pistorius als Erkenntnis ein: »Das werden wir jetzt bis zum Ende des Jahres ausloten und dann in die nächste Phase übergehen«, erklärte der SPD-Politiker in der Militärbasis Camp Bonifas, von wo aus er unmittelbar an die entmilitarisierte Demarkationslinie fuhr. Kurz nach dieser fundamentalen Einsicht schwebte er weiter auf die Philippinen. Dort will er über die »Intensivierung der bilateralen Militärbeziehungen« verhandeln. Das ist fraglos eine Drohung: Gegen die deutschen Steuerzahler und gegen alle, die keine Freunde der faktischen Kolonisierung der Philippinen durch die USA sind.

FRIEDEN MUSS DAS VOLK SELBST SICHERN

Die Friedens-Demo in Berlin am 3. 2024 ist Teil des langen Marsches für den Frieden in einem Land, das nach zwei verlorenen Weltkriegen klüger geworden sein sollte. Von der Scholz AG, ein Unternehmen, das wesentlich im Interesse der Profiteure der Deutschen Industrie arbeitet, ist friedliche Klugheit nicht zu erwarten. Den Frieden muss das Volk wohl selbst sichern, wenn es überleben will.

Dieser Text erschien zuerst auf der unabhängigen Nachrichtenseite rationalgalerie.de. Wir danken dem Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.



Uli Gellermann, geboren 1945, ist Journalist und Filmemacher. Er betreibt die Aufklärungsseite *rationalgalerie.de* und das Videoformat *Die Macht um Acht*.

MELDUNG

KURSABSTURZ AN DER WALLSTREET

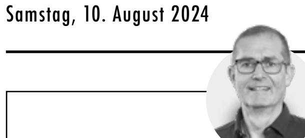
Am Freitag, den 2. August 2024 und am Montag, den 5. August 2024 kam es zu massiven Kurseinbrüchen an der Japanischen Börse und der New Yorker Wallstreet. Das Wort vom »Schwarzen Montag« machte die Runde. Die Größenordnung des Kursverlustes sei mit dem Einbruch zu Beginn der weltweiten Coronamaßnahmen vergleichbar, hieß es in Fachkreisen. Einige Wirtschaftsexperten befürchten eine massive Rezession in den USA, während andere die Kurseinbrüch als normale Marktbereinigung der aufgeblähten Digital- und KI-Blase betrachten. Die sieben großen Tech-Giganten Nvidia, Apple, Microsoft, Alphabet, Amazon, Tesla und Meta Platform verloren am Montag an Wert: in Höhe von 650 Milliarden Euro.

Der durch Spekulationen an der Börse reich gewordene Multimilliardär Warren Buffet, der weltweit durch seine Aussage »Es herrscht Klassenkrieg und meine Klasse gewinnt« auch außerhalb der Börsenblase bekannt geworden war, und der für viele Börsenspieler als Vorbild dient, zog einen Großteil seiner Anteile aus dem Apple-Konzern und der Bank of America zurück und legte sich Bargeldreserven an. Wie anhaltend der Absturz ist, ist derzeit unter Fachleuten noch umstritten.



Klarstellung am 3. August 2024 in Berlin. Foto: Georgi Belickin/DW

Während die Aktienkurse der Techgiganten abstürzten, legte der Kurs des US-Rüstungskonzern Lockheed Martin kräftig zu und erreichte Rekordwerte. Beobachter werten dies als Hinweis darauf, dass in Insiderkreisen bereits mit ein weiterer großer Krieg im Nahen Osten zwischen Israel/USA und dem Iran und seinen Verbündeten gerechnet wird. (hes)



WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

LINDNER & CO SOLLTEN EINSITZEN

Eigentlich wurde die Schuldenbremse ja 2009 vom Bundestag und vom Bundesrat im Grundgesetz verankert, um neue, strenge Regeln für weitere Kreditaufnahmen des Staates nachhaltig zu implementieren. Das war bestimmt gut gedacht, scheitert nur leider an der Inkompetenz derer, die es nun anzuwenden haben.

Konkret: Bundesfinanzminister Lindner, der offiziell strikt an der Schuldenbremse festhalten möchte, dabei aber zusammen mit seinen Kollegen eine Hintertüre nach der anderen öffnet, um sie dann eben doch zu umgehen. Pandemie, Klima, Ukraine – ja ist klar, haben alle verstanden. Dabei nimmt er in einem Satz die Worte Grundgesetz und Verfassung in den Mund. Es scheint, als würde er den Unterschied nicht kennen. Ob er weiß, dass Deutschland ab heute 12.000 Jahre benötigen wird, um seine Schulden zurückzuzahlen? Jeder mittelständische Unternehmer würde längst wegen Insolvenzverschleppung einsitzen. Lindner dagegen sorgt – Achtung, Ironie – für eine stabile und am deutschen Volk ausgerichtete Finanzpolitik.

Er und viele seiner Kollegen sollten einsitzen, denn sie sind und waren gerade die letzten Jahre Täter in vielerlei Hinsicht – jetzt bestens belegt durch die RKI-Protokolle. Als überzeugter Anhänger unseres damals noch existierenden Rechtsstaates sagte Franz Josef Strauß einmal sehr treffend: »Die großen Lumpen muss man schwerer aufs Hirn hauen, als man die kleinen Leute verfolgt.«

SPD und Grüne fordern immer wieder die aufweichende Reformation dieser Schuldenbremse, um weitere Kredite aufzunehmen. Fürs Klima zum Beispiel, oder – und das ist kein Witz – für Schulen und Kitas, man könnte auch sagen, für die Grundbedürfnisse unseres eigenen Volkes. Dabei haben wir definitiv kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem und zwar ein gewaltiges. Das kommt dabei heraus, wenn Politiker das Zepter in der Hand haben, denen die Hose näher als das Hemd ist und man immer noch der besetzte Vasall von anderen und die Melkkuh der halben westlichen Welt ist. Was Bayern und Baden-Württemberg für Deutschland sind, das ist Deutschland für die EU. Mal ganz abgesehen von den vielen warmen Geldduschen, die sonst noch sinnlos in der Welt verteilt werden. Das wird auch keine Partei richten, denn sie sind ja selber Teil des Problems. Hier ist Vorsicht wirklich der einzig richtige Ratgeber.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

»SCHÖNER DIE KASSEN NIE KLANGEN«

Beim Rüstungskonzern Rheinmetall jauchzen die Aktionäre.

Von Hendrik Sodenkamp



Demokratin auf der Suche nach der verlorenen Zeit. Foto: Georgi Belickin/DW

»So stark sind wir noch nie gewachsen«, frohlockte Firmenchef Armin Pappberger am 8. August 2024 in ein Mikrofon, dass bei der Betriebsfeier mit Sekt und Tatar von einem Journalisten herum gereicht wurde.

Der Umsatz des Konzern kletterte im zweiten Quartal 2024 um 49 Prozent nach oben. Es sollen außerdem noch Aufträge von rund 50 Milliarden Euro in den Büchern stehen. -»Auch in den kommenden Jahren erwarten wir jährliche Umsatzzuwächse in der Größenordnung von rund zwei Milliarden Euro«, unterstrich Papperger seine Prognose für Krieg und Frieden in Europa. »Das Geschäft mit den Streitkräften in Deutschland und den Partnerstaaten in EU und Nato sowie auch die Hilfe für die Ukraine treiben die positive Geschäftsentwicklung weiterhin maßgeblich«.

Kriegsminister Pistorius (SPD) und Wirtschaftsminister (Robert Habeck) planen derweil den Einstieg des Staates ins Waffengeschäft und in die Kriegskonzerne. Demnach soll Habeck von »Grüner Transformation« (neudeutsches Wort für Verbrannte Erde) und Pistorius vom Eisernen Thron im Kanzleramt träumen. (hes)

ICH BRAUCHE INFORMATIONEN

KOLUMNE MEDIEN

von Konstantin Demeter (Transition News)

Man stelle sich vor: Die *Welt* titelte letzte Woche: »Es gab keine Corona-Pandemie!« Der *Spiegel* zog nach: »Corona-Maßnahmen hatten keine wissenschaftliche Grundlage.«

Die *ARD-Tagesschau* stellte sogar fest: »Wir waren Versuchskaninchen.« In allen *Talkshows* werden die entschwärzten RKI-Protokolle detailliert besprochen. Der Tenor überall: Spahn, Lauterbach & Co. werden zur Rechenschaft gezogen.

Am Samstag in Berlin wurde dies von den Teilnehmern an einer großen Demo gefeiert. Wie auch die Friedensbemühungen der Ampelregierung. Bundeskanzler Olaf Scholz zeigte sich dankbar, dass die Bevölkerung seinen pazifistischen Ansatz mehrheitlich unterstützt und ihm den Rücken stärkt. Waffen an die Ukraine würden keine mehr geliefert und US-Langstreckenraketen hätten in Deutschland nichts verloren, ließ er wissen. Aus seinem Telefongespräch mit Wladimir Putin sickerte durch, dass in der Ukraine in Kürze die Waffen ruhen werden.

Auch Innenministerin Nancy Faeser war an der Kundgebung in Berlin zugegen. In ihrer Rede machte sie klar, dass die Freiheit, seine Meinung zu äußern, unantastbar ist. Viel Applaus erntete sie, als sie Voltaire zitierte: »Mein Herr, ich teile Ihre Meinung nicht, aber ich würde mein Leben dafür einsetzen, dass Sie sie äußern dürfen.« (*DemokratischerWiderstand.de/NANCY*) In Israel hatte der Premierminister Benjamin Netanjahu derweil eine Erleuchtung. Kein Busch, sondern ein Hybridauto fing plötzlich Feuer. Bevor es explodierte, sagte ihm eine Stimme: «An der nächsten Kreuzung links abbiegen. Shalom.» Nun ist er bestrebt, mit den Gegnern Israels Frieden zu schließen.

Schön wärs. Nicht einmal ein Sommerloch wird uns stattdessen gegönnt. Ein Dritter Weltkrieg ist näher denn je. Alle warten auf Irans Reaktion auf die Tötung des politischen Hamas-Führers Ismail Haniyya letzte Woche in Teheran. Israel erwägt derweil einen »Präventiv-Schlag«.

Viel mehr als Hoffnung, dass sich alles zum Guten wendet, bleibt auch uns nicht. Inzwischen informieren wir weiter. Denn wie ein Demonstrant in Berlin in Anspielung auf die Propaganda in den *Mainstream*-Medien auf einem Plakat festhielt: »Ich brauche Informationen. Eine Meinung kann ich mir selbst bilden.« (Konstantin Demeter auf *transition-news.org*)

MELDUNG

MUSK ZIEHT IN DEN »KRIEG«

Austin/Burgwedel/DW. Elon Musks *Online*-Plattform X zieht gegen große Werbekunden vor Gericht, weil diese keine Anzeigen mehr beim Twitter-Nachfolger schalten. X spricht in der Klage von einem koordinierten Boykott und einem Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht. Laut Musk brachen die Werbeeinnahmen um die Hälfte ein. Die offenbar *woken* Werbekunden gaben vor, ihren guten Ruf schützen zu wollen. »Wir haben es zwei Jahre mit Frieden versucht, jetzt gibt es Krieg«, erklärte Musk am 6. August 2024 auf seiner eigenen Plattform. Der Milliardär nennt sich selbst einen Verfechter uneingeschränkter Meinungs- und Redefreiheit. Mitte Juli hatte er öffentlich gemacht, dass die EU auf Basis des umstrittenen *Digital Services Act* versucht habe, ihn zu erpressen: Sollte X nicht heimlich unerwünschte Meinungsäußerungen zensieren, würde man eine Strafe verhängen.

Jüngst schloss sich auch Rossmann dem Boykott an. Wie mehrere Medien am 7. August übereinstimmend berichteten, will die deutsche Drogeriekette für ihren Fuhrpark künftig keine Fahrzeuge mehr von Musks Unternehmen Tesla kaufen. Grund für die Entscheidung sei laut Raoul Roßmann, Sprecher der Geschäftsführung von Rossmann, dass Musk keinen Hehl daraus mache, Donald Trump zu unterstützen, der den Klimawandel leugne. Diese Haltung stehe »in krassem Gegensatz zur Mission von Tesla, durch die Produktion von Elektroautos einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten«. Bei diesem Fall wird jedoch viel Lärm um (fast) nichts gemacht: Von den 800 Fahrzeugen im Rossmann-Fuhrpark sind laut *Bild* lediglich 34 von Tesla. (kmü)

BIONTECH MIT HOHEM VERLUST

Mainz/DW. BioNTech ist, nachdem das Corona-Geschäft eingebrochen ist und zudem hohe Forschungskosten belasten, laut eines *ZDF*-Berichts vom 5. August 2024 in die roten Zahlen gerutscht. Das Biotech-Unternehmen beklagte im zweiten Quartal 2024 ein Defizit in Höhe von 807,8 Millionen Euro. Neue Pandemie im Anflug? Das Gros der Erlöse in diesem Jahr, so heißt es weiter, erwarte man im vierten Quartal. (kmü)

VW DROSSELT PRODUKTION

Wolfsburg/DW. Die deutschen Autobauer rutschen immer tiefer in die Krise. Wie die *Neue Zürcher Zeitung* am 6. August 2024 berichtete, hat Volkswagen, Deutschlands größter Automobilhersteller, zuletzt über die gesamte Produktpalette und alle Marken hinweg weniger Fahrzeuge abgesetzt. Im zweiten Quartal 2024 sank der Gewinn um 4,2 Prozent auf 3,6 Milliarden Euro. VW wolle nun insbesondere in seinen deutschen Werken die Produktion stark drosseln. (kmü)

SITUATION IM NAHEN OSTEN SPITZT SICH ZU

Der viel beschworene »Flächenbrand« droht | Von Hendrik Sodenkamp

Der Hamas-Führer Hanijas wurde am 31. Juli 2024 durch ein Sprengstoffattentat in der iranischen Hauptstadt getötet. Er hielt sich dort für die Vereidigung des neuen iranischen Präsidenten Massud Peseschkian auf, der in das Amt kam, da sein Vorgänger bei einem mysteriösen Hubschrauberabsturz ums Leben kam. Für das Attentat auf iranischem Territorium machen die arabischen und muslimischen Staaten den israelischen Geheimdienst Mossad verantwortlich und reagierten mit einer Verstärkung von Angriffen. Zeitgleich zum Teheraner Attentat wurde außerdem in der Hauptstadt des Libanon der führende Hamas-Mann Hassan Nasrallah von der israelischen Luftwaffe getötet. Sowohl die libanesische als auch die iranische Regierung verurteilten die Angriffe auf ihrem Territorium.

GROSSE OFFENSIVE GEGEN ISRAEL

Die israelische Regierung sieht sich im Recht, Fragen von Grenzen zu ignorieren und die Hamas-Männer überall dort zu töten, wo sie auffindbar sind. Eine große Offensive gegen Israel stehe nun an, heißt es aus iranischen Regierungskreisen. Auch aus dem Nachbarland Libanon, wo die Gruppe Hisbollah ihren Sitz hat, soll angegriffen werden. Bis zur Drucklegung dieser Zeitung wartete man jedoch noch mit der Offensive, um »Israel mit der Spannung zu zermürben«.

Seit Beginn des Gazakrieges im Oktober 2023 sind laut Angaben des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte 120.000 Menschen infolge der Bodenoffensive im Gazastreifen getötet oder verletzt worden. Rund 70 Prozent der Einwohner des Gazastreifens wurden aus ihrem Zuhause vertrieben.



Welche Raketen bringen schon Frieden? – Demokrat am 3. August 2024 in Berlin gegen die Stationierung von weiteren Atomwaffen in Deutschland. Foto: Georgi Belickin/DW

Wunschkandidation der Nato und der CDU: Kamala Harris Foto: WhiteHouse/Commons

SIE SOLL ES IHNEN BESORGEN

Nachdem der derzeitige US-Präsident wegen nicht mehr zu verheimlichender Altersschwäche von seiner Demokratischen Partei zum Rücktritt von der erneuten Präsidentschaftskandidatur gedrängt wurde, steht nun die neue Kandidatin der Pharma-Kriegs- und Digitallobby fest. Kamala Harris, geboren 1964, Juristin (gähn) und derzeitige Vize-Präsidentin soll den Job machen.

Am 5. August 2024 wurde Harris von der Demokratischen Partei zur Kandidatin ernannt. Diese präsentierte dabei ihren eigenen, neuen Vize-Präsidenten, den Gouverneur von Minnesota Timothy Walz, der dafür bekannt wurde, dass er seinerzeit die Nationalgarde gegen die überbordenden BlackLivesMatter-Demonstrationen in Stellung brachte. Walz wurde als kerniger Kerl präsentiert, der es sich hoch anrechnet in seiner Kindheit bereits einmal dabei gewesen zu sein, wie seine Eltern sich Sorgen über zu zahlende Rechnungen machten.

Der aussichtsreiche Gegenkandidat Donald Trump lachte über die Ernennung von Harris und Walz. Obwohl das deutsche Fernsehen Kamala Harris liebt, sind ihre Chancen, in den USA Präsidentin zu werden, gering. (hes)



AUFSTÄNDE GEGEN MIGRANTEN

Rotherham (Grafschaft Süd-York) am zurückliegenden Samstag: Nach dem Messermord an drei Mädchen, die an einer Tanzveranstaltung der umstrittenen Popsängerin Taylor Swift teilnehmen, schwillt der Volkszorn in England und Nordirland an.

Es kommt in der Folge in mehreren englischen Städten zu Unruhen. In der mittelenglischen Stadt Rotherham von rund 70.000 Einwohnern kommt es zur Belagerung einer Billig-Hotelkette, die für Einwanderer umfunktioniert worden war. Es soll im Zuge dessen auch zu einer versuchten Brandstiftung kommen. Die Polizei riegelt das Gebäude schließlich ab.

Weitere Auseinandersetzungen mit teils Hunderten bis über Tausend Personen starken Gruppen verschiedener Bürgerwehren – teils englisch-christliche, teils muslimische, teils politisch links auftretende – gegen Polizei und Einwanderer finden seit dem vergangenen Wochenende in den britischen Ballungsräumen London, Cardiff, Birmingham, Manchester, Leeds und Belfast statt und dauern bis Redaktionsschluss an. Mehrere Mainstream-Medien sprechen von Pogromen, »rechte« Kanäle von längst überfälligen Reaktion auf forcierte Masseneinwanderung und Folgen der angloamerikanischen Beutekriege.

Differenzierte Stimmen rufen zur Friedlichkeit auf und weisen darauf hin, dass die Pogromstimmung von interessierten Kreisen noch weiter geschürt worden sei. Auch in Deutschland könnten Bevölkerungsgruppen demnach aufeinander gehetzt werden, anstatt sich gegen die für die Zustände Verantwortlichen zu wenden. Zur Disposition steht, inwiefern ein Interesse an bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen der unteren und mittleren Klassen untereinander bestehen könnte. So haben am Attentat auf den deutschen Journalisten Michael Stürzenberger durch einen muslimischen Messerattentäter Anfang Juni Zweifel bestanden (nicht an Stürzenberger selbst; DW berichtete). Dass etwa am erschütternden islamischen Attentat des Anis Amri auf den christlich aufgemachten Berliner Weihnachtsmarkt im Jahr 2016 »westliche« Geheimdienste und Kriminalämter verstrickt waren, ist mittlerweile auch behördlicherseits unbestreitbar.

Die Morde an den Mädchen in England stehen laut unabhängiger Meldungen in einer Abfolge mehrerer Gewaltverbrechen von Migranten an autochtonen Briten. Täter soll diesmal ein 17-jähriger junger Mann aus muslimisch-afrikanischer Einwanderung zweiter Generation sein, der die drei Mädchen im Alter von sechs, sieben und neun Jahren mit einem Messer am 29. Juli in der nordwestenglischen Stadt Southport bestialisch tötet. Britische Medien verschweigen zunächst die Morde, ebenso die Tatwaffe, den Tathergang und die Herkunft des Täters. Der bekannte EU-Gegner Nigel Farrage macht dies breit öffentlich, rudert später aber zurück.

Premierminister Keir Starmer droht in einer Fernsehansprache den aufständischen Einheimischen umgehend schwere Verfolgung an. Es kommt zu Polizeisperren, ausgerufenen Sicherheitszonen, Ausgangssperren und bis Redaktionsschluss zu über 500 Festnahmen unter den Gruppen der Einheimischen. Auch mitteleuropäische »Rechte« rufen zur Besinnung und Friedlichkeit auf, anstatt sich auf geschürte bürgerkriegsähnliche Szenarien und den Angriff auf Unschuldige einzulassen. Unter den Mäßigern ist der bekannte Wiener Buchautor Martin Sellner, der vom BRD-Regime fanatisch verfolgt wird. (ale; Foto Telegramvideo)

MELDUNG

TERRORGEFAHR IN WIEN

Wien/DW. Wegen einer Terrorgefahr wurden am 7. August 2024 drei für den 8., 9. und 10. August geplante Konzerte von US-Sängerin Taylor Swift im Wiener Ernst-Happel-Stadion kurzfristig abgesagt. »Aufgrund der Bestätigung durch Regierungsbeamte« hatte der Veranstalter, Barracuda Music, laut einer Pressemitteilung »keine andere Wahl«, als die *Shows* »zur Sicherheit aller abzusagen«. Ein 19-Jähriger wurde festgenommen, er hat die geplante Tat bereits gestanden. Wie der *Kurier* berichtet, hatten Freunde des Terroristen bei einer für das Konzert zuständigen Sicherheitsfirma sowie dem Aufbau- und Ordnungsdienst angeheuert. Der Hauptverdächtige, der laut Polizei einen »Treueschwur« auf den Anführer der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) abgelegt hat, wollte demnach mit einem Auto in die Fans fahren, um möglichst viele Menschen zu töten. Auch Macheten und Messer sollten zum Einsatz kommen. Sogar der Bau einer Bombe war offenbar weit fortgeschritten. FPÖ-Chef Herbert Kickl sprach von einem »Armutszeugnis«. Die »rot-schwarz-grün-pinke-Einheitspartei« habe »in Sachen Migrations- und Zuwanderungspolitik völlig versagt«, erklärte er einen Tag später auf Facebook. »ÖVP-Kanzler Nehammer und sein Innenminister Karner haben völlig die Kontrolle verloren.« (kmü)

UKRAINISCHER VORSTOSS

Kursk/DW. Laut übereinstimmenden Medienberichten am 7. August 2024 sind ukrainische Truppen ins russische Gebiet Kursk vorgedrungen, weshalb die russischen Behörden in der Region den Ausnahmezustand verhängt haben. Präsident Putin spricht von einer »Provokation« Kiews. Trotz Gefechten sei die Lage aber »unter Kontrolle«. (kmü)

TOTE BEI KRAWALLEN IN BANGLADESCH

Dhaka/DW. Bei heftigen Straßenschlachten von Anhängern und Gegnern der Awami League, der Partei der Premierministerin Sheikh Hasina, sind in mehreren Städten Bangladeschs etwa 100 Menschen getötet und mindestens 100 weitere verletzt worden. Dies berichteten am 5. August 2024 mehrere Medien übereinstimmend. Das Innenministerium verhängte daraufhin eine komplette Ausgangssperre, die auf unbestimmte Zeit gelten sollte, und kappte teilweise den Zugang zum Internet. Die Proteste hatten bereits im Juli begonnen. Die Demonstranten fordern den Rücktritt der autokratisch regierenden Premierministerin. Zwar erlebte Bangladesch unter Hasina zunächst einen wirtschaftlichen Aufschwung, doch zuletzt litt die Bevölkerung – Bangladesch hat mehr als 170 Millionen Einwohner – unter einer hohen Inflation und einer hohen Arbeitslosenquote. (kmü)

Deutschlan Wagenknec

Wagenknecht, Weidel und was dann? | BE

Fortsetzung vom Titel

»Während im Herbst 2021 erst knapp ein Drittel der Befragten angab, weniger großes oder geringes Vertrauen in die deutsche Demokratie zu haben, stimmten der Aussage in diesem Sommer bereits mehr als die Hälfte der Deutschen zu (54 Prozent).«

Dies geht aus einer Umfrage der regierungsnahen Körber-Stiftung hervor, die unsere Kollegen vom Sender *NTV* zusammenfassten. »Noch dramatischer sei der Vertrauensverlust der Bürger gegenüber den Parteien. Hätten 2020 noch 29 Prozent der Bundesbürger angegeben, Parteien zu vertrauen, sei der Wert 2021 bereits auf 20 Prozent gefallen und habe nun mit 9 Prozent einen Tiefpunkt erreicht.« Der Vertrauensverlust in EU, NATO und BRD und den zugehörigen Konzernmagnaten, Berufspolitikern, Parteien und Medien dürfte seit der Studie aus dem Jahr 2023 eher weiter zugonommen als milder geworden sein. Darauf deuten die weiterhin vitale neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung auf den Straßen hin (Seite 6) – und die bevorstehenden Wahlerfolge der Parteien Alternative für Deutschland (AfD) und Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW).

AFD, BSW, CDU: SACHSEN BALD MIT DREIPARTEIENPARLAMENT?

Im Freistaat Sachsen mit rund vier Millionen Einwohnern steht ein Umbruchsszenario bevor. Laut der letzten Umfrage könnten am Wahltag 1. September 2024 30 Prozent der Wahlzettel für die Partei AfD in die Urnen geworfen werden, 15 Prozent für das BSW. Das würde zur Regierungsbildung im Landtag reichen. SPD, Bündnisgrüne und die Partei Die Linke kämpfen um die Fünfprozenthürde, der Mindestmarke für das Anrecht der entsprechenden Parteirepräsentanten auf die Parlamentssessel, die zur Abstimmungsteilnahme über die Regerungsbildung und an Gesetzesvorhaben berechtigen.

Auf die CDU entfielen laut der Umfrage von Infratest-Dimap im Auftrag des umstrittenen Senders *MDR* noch 29 Prozent. Der amtierende Ministerpräsident Michael Kretschmer von der CDU regiert zusammen mit SPD und Bündnisgrünen. Die FDP spielt laut der Umfrage unter rund 1.000 Wählern des 8. Sächsischen Landtags keine Rolle. Die Partei der Freien Sachsen um den Preisträger der Republik, Marcus Fuchs, kann sich unter den »Sonstigen« noch Hoffnung auf den Einzug ins Parlament machen.

Kommt die Volkskoalition? Mit Sabine Zimmermann hat das BSW in Sachsen eine jahrzehntelang erfahrene Berufspolitikerin, die den Weg von der SPD über die Partei Die Linke zum BSW durchgemacht hat. Der recht unspektakulär auftretende AfD-Spitzenkandidat Jörg Urban entstammt der christlichen DDR-Oppositionsbewegung, war zusammen mit dem späteren Brandenburger Ministerpräsidenten Matthias Platzeck in der 1989 gegründeten »Grünen Liga«. Zwischenzeitlich war er in der Piratenpartei und ist seit 2014 in der AfD. Urban gilt als Unterstützer des souveränistischen und damit vermeintlich »rechten« Flügels der AfD.

In Thüringen könnte der charismatische AfD-Ministerpräsidentenkandidat Björn



Frieden, Freiheit, Demokratie: Die politischen Vorstellungen der Mehrheit der Deutschen sind rational und durchsetzbar. Werden AfD und BSW über Ihren eigenen Schatten springen, um sie umzusetzen? – Demokraten am 3. August 2024. Foto: Georgi Belickin/DW

Höcke am Wahltag 1. September einen Kantersieg erringen und zusammen mit dem BSW eine Volkskoalition bilden. Laut der Umfragefirma INSA kommt die AfD unter den Wahlberechtigten der rund 2,1 Millionen Thüringer (w/m) auf 29 Prozent und würde damit die Partei mit dem höchsten Stimmenanteil. Dies auch, weil die Partei Die Linke um Ministerpräsident Bodo Ramelow von 31 auf 14 Prozent abstürzt. Vor fünf Jahren war Ramelow noch per »Merkel-Dekret aus Südafrika« im Amt gehalten worden, als die damalige Kanzlerin den von der AfD mitgewählten neuen Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich (FDP) aus der Ferne zum Rücktritt zwang.

THÜRINGEN MIT HÖCKE UND WOLF?

Das neue BSW kommt laut der Umfrage unter rund 1.000 Wählern auf 20 Prozent. SPD, Grüne und FDP kämpfen auch in Thüringen um die Fünfprozenthürde. Die CDU kann trotz allem noch auf 22 Prozent der Wähler hoffen. – Kommt die Volkskoalition? Mit Katja Wolf hat das BSW eine erfahrene Landtagsabgeordnete und langjährige Eisenacher Bürgermeisterin in ihren Reihen, die noch 2024 nach den Kommunalwahlen jedoch den Stadträten von der AfD sowie der Partei Die Heimat noch den Handschlag verweigerte. Machtpoker?

Das Bundesland Brandenburg mit 2,5 Millionen Einwohnern wird seit den Landtagswahlen 2019 von einer rot-schwarz-grünen »Kenia-Koalition« der Parteien SPD, CDU und Bündnisgrünen regiert. Für die Wahl der Parteileute in die Repräsentation, die am Sonntag, den 22. September 2024, abgehalten werden soll, erwartet die neueste Umfrage unter 1.000 Wahlberechtigten eine schwache Wahlbeteiligung und einen Machtwechsel (INSA/*Nordkurier*): 24 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen der Umfrage zufolge auf die AfD, 17 Prozent auf die erst zu Jahreswechsel entstandene Wagenknecht-Partei. Bündnisgrüne, Linke und FDP kämen nicht oder nur sehr knapp in den Achten Brandenburgischen Landtag. SPD und CDU dümpeln jeweils um die 20 Prozent der Stimmen und könnten beide hinter den möglichen Wahlsiegern AfD und BSW bleiben.

Kommt die Volkskoalition? In Brandenburg stehen die Chancen für die AfD um den Spitzenkandidaten Dr. med. Hans-Christoph Berndt sehr gut. Berndt ist einer der vergleichsweise entschlossendsten Aufklärer der Corona-Lüge und der fatalen Folgen der Spritzen innerhalb der AfD. In Arbeitsrichter Robert Crumbach hat das BSW durchsetzungsfähigen Juristen mit sozialem Bewusstsein an der Spitze. Gemeinsam könnte es dazu reichen, die NATO-Altparteien zu düpieren. Allein: Crumbach entstammt dem SPD-Klüngel, der seit drei Jahrzehnten gemeinsam mit CDU-CSU Sozialstaat, Wirtschaft, Bildung und Friedenspolitik vor die Wand gefahren hat. Von der teils absichtlich herbeigeführten Massenmigration noch ganz zu schweigen, die auch vielen Bundesbürgern, die sich nicht als »rechts« bezeichnen, widerstrebt, noch ganz zu schweigen. In Großbritannien kommt nach einem Messermord an drei Kindern durch einen jungen Migranten zweiter Generation seit einer Woche zu offenen Ausschreitungen in mehreren Großstädten zwischen Einheimischen einerseits und Migranten und Polizei andererseits.

Offiziell spielt das BSW im Bund wie auch in den Bundesländern auf die Regierungsbildung mit den Altparteien an und verteufelt teils sogar die AfD. Nicht wenige nehmen das dem BSW übel. Manche hoffen darauf, dass die Strategie zunächst lautet, den Regenbogen-fanatischen *Mainstream* zu täuschen, um schließlich doch auf den Willen der Mehrheit einzulenken – Frieden, Vernunft, Souveränität – anstatt mit der von Verbrechern wie dem früheren Bundesgesundheitsminister Jens Spahn oder dem fanatischen Kriegstreiber Roderich Kiesewetter durchseuchten CDU zu koalieren. Aber die Konzernmedien sind wohl stratgeisch noch immer mitzubedenken. Und die folgen strikt dem Willen des Tiefen Staates und damit den »Leitstellen« im »Permanenten Washington« (Tucker Carlson).

AFD-VERTEUFELUNG NUR GROSSER BLUFF?

Die große Frage ist, ob das BSW mit seiner Abgrenzung von der AfD nur einen guten Bluff gefahren hat, um den *Mainstream* zu besänftigen – um dann eben doch die Machtoption zu einem wirksamen Wechsel mit der AfD zu bekommen. Zuletzt bewarb sich das BSW sogar noch um die CDU, nachdem diese sich in Person deren umstrittenen Vorsitzenden Friedrich Merz eine Regierungsbildung mit dem BSW ausgeschlossen hatte. Von Beginn an wird gemunkelt und von der Parteigründerin Wagenknecht selber in den Raum gestellt: Das BSW könnte nur eine Ausholbewegung zur Wiedereinsammlung verlorengegangener *Mainstream*-Wähler sein, an deren Ende die Wiedereingliederung in die SPD stehen könnte, die sich damit in Zusammensetzung und Führen verändern würde, aber noch immer Teil der neoliberalen Globalagenda wäre – Jobprofil in der BRD-Polit-Show: »Reparaturbetrieb des Kapitalismus« (Klaus von Dohnanyi).

Klar ist: Die CDU-CSU ist die Trägerin des US-Vasallentums, der Aufrüstung und der Corona-Lüge in der BRD schlechthin. Die Unionsparteien stellen mit Ursula von der Leyen die unbeliebteste deutsche Politikerin in Europa seit Adolf Hitler. Im Vergleich zu dieser CDU wäre die zuletzt von der französischen Le-Pen-Partei düpierte AfD geradezu ein unschuldiger Knabenchor. Dennoch gelingt des der Union mit dem C des Christentums – trotz systematischen Bruchs mit den Zehn Geboten – und einer Oppositionssimulation zum Thema der Massenmigration – die sie selber wie keine andere Partei zu verantworten hat – die bürgerliche Karte zu spielen. Und als wäre vor einem halben Jahr nicht noch das ganze Land von Landwirten lamgelegt worden, die sich gemeinsam mit der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung gegen die Politik auf die Hinterbeine – beziehungsweise die großen Hinterreifen – stellten.

KOMMEN WEIDEL UND WAGENKNECHT KLAR?

Könnten AfD und BSW eine Ehe eingehen? Die wirtschaftsliberale frühere Bankierin Alice Weidel scheint an ihrer Aufgabe immer weiter zu wachsen. Stand Weidel zunächst als Bankengewächs von Goldman Sachs auch innerpartielich in der Kritik und galt als wenig volksnah, empört sie sich mittlerweile auch glaubwürdig über soziale Missstände. So stellte sie glaubhaft den seit Jahrzehnten wiederholten Mythos bloß, »es geht uns doch noch so gut«, in dem sie die Lebensumstände der Mehrheit des Volkes mit Zahlen und Fakten referierte. Die große Mehrheit der Deutschen sind knapp, haben kein Eigentum und kaum Rücklagen. Sie werden von der Inflation (Verteuerung des Lebens), Aufrüstung und Maßnahmenterror zusätzlich in den Ruin getrieben. Die Maßnahmen der Corona-Lüge richteten sich vor allem gegen sie – und »präemptiv« gegen echte soziale Bewegungen.

Weidel weiß das. Und Wagenknecht auch, deren überparteiliche Bewegung »Aufstehen« ab September 2018 von den Propagandamedien verteufelt und deren Gründer, darunter der Dramatung und Buchautor Bernd Stegemann, nach Strich und Faden verleumdet wurden. Kommt Ihnen das bekannt vor?

NATO? NEIN, DANKE!

Weidel kann nach dem Stahlbad der Propaganda gegen sie und ihre Partei mittlerweile abstrahieren. In den perversen *Talkshows* erscheinen sie und Wagenknecht als jene, die allein schon über Intelligenz und Verstand zueinander finden. Und: Das Schiff sinkt. Nicht nur die Dummheit ist ihren Konkurrentinnen und Konkurrenten anzumerken, sondern zunehmend auch deren Verzweiflung. Das Wort von den »Covidioten« etwa der SPD-Vorsitzenden Saskia

d steht auf cht, Weidel!

RICHT von Anselm Lenz

Esken hat sich längst gegen sie selbst und ihresgleichen gerichtet. Weidel und Wagenknecht könnten das Land versöhnen – wenn sie den denn verbindliche Volksentscheide über grundlegende Angelgenheiten auch auf Bundesebene einführen und durchführen. Nato-Mitgliedschaft – ja oder nein? Stimmen wir darüber ab (und schicken wir sie endlich nachhause: Ami go home!).

Fazit: Man stelle sich vor, die AfD komme ans Ruder, rufe sogleich einen Hygiene-Notstand aus, legitimiere damit zum Schein einen verfassungswidrigen Ausnahmezustand, schließe die Grenzen, teile das Land in Zonen ein, drangsaliere die Opposition, lasse oppositionelle Ärzte, die das Wohl ihrer Patienten, schützen, überfallen und verfolgen, lasse oppositionelle Journalisten, die sich weigern zu lügen, überfallen und verfolgen, verkünde als nächstes, deren »Existenz ruinieren« zu wollen, sie »trocken zu legen« (O-Ton Faeser und Behörden), lasse Demonstranten teils bis zum Tod prügeln, schalte die Justiz in politischen Angelegenheiten gleich, schalte die Medienkonzerne in politischen Angelegenheiten weitgehend gleich, verbiete oppositionele Nachrichtenmagazine, zensiere im Internet, komme mit immer neuen *Fake*-Experten und *Fake*-Wahrheitsagenturen, schüre den Krieg gegen Russland, rufe ein 100-Milliarden-Kriegskreditsprogramm aus ...

GRUNDRECHTE UND SOZIALES NUR NOCH BEI AFD + BSW ZUHAUSE?

Ach, das waren ja die anderen Parteien, die das mitgetragen, die das gemacht haben, die das bis heute verteidigen. Wenn Sie noch immer zu »links« sind, um sich mit dem Gedanken mit einer Koaltion AfD + BSW abzufinden, dann tun sie es zumindest aus antifaschistischen Motiven. Denn zu Teilen hatte der Journalist und Verleger Jürgen Elsässer schon im Jahr 2010 recht damit, als er zur Gründung des Nachrichtenmagazins *Compact* postulierte: »Rechts ist links und links ist rechts!« Denn was wir für Gedanken haben, wie wir uns eine künftige Einrichtung unserer zerbrechlichen Welt so vorstellen, ist zunächst einmal fast gleichgültig. Uns allen steht in Form von wahnhaften Agenda-Programmen eine zutiefst boshafte Struktur gegenüber, die wir zuerst abwehren, dann zerlegen und schließlich durch verbindliche Volksentscheide in allen grundlegenden Angelegenheiten – auch über möglicherweise löbliche Ziele innerhalb des dann ehemaligen Globalprogramms – demokratisch handhabbar machen müssen.

Wir (echten) deutschen Demokraten haben unser Blut nicht für Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit, Demomstrationsrecht und nicht zuletzt für sozialen Ausgleich vergossen, damit jetzt eine pervers-asoziale Junta – die sich super-soft und superplus-bunt inszeniert, aber faktisch faschistisch agiert – unsere Errungenschaften zerstört, ob nun mit der dummdreisten Behauptung, dies »gegen rechts« zu tun oder für welchen Grund auch immer. Es ist vorbei. Wir sind die Zukunft.

Ich meine: Ob AfD und BSW bei unserem eigenständigen Weg zu Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung eine gute Rolle spielen, bleibt unklar. Klar ist: Jeweils alleine oder im Verbund mit Altparteien werden es beide sicher nicht. Von Wert für das ganze Deutschland ist ohnehin erst die Bundestagswahl in einem Jahr. Die Wahlchancen der beiden Parteien stehen sehr gut. Was das bringt, steht auf einem anderen Blatt. Die Aufregung darum ist jedenfalls teilweise echt. Werden die Kriegstreiber vor den wichtigen Wahlterminen (US-Präsidentschaftswahl 8. November) noch ganz andere illegale Ausnahmezustände aus dem Hut zu zaubern trachten?



Teilnehmerin der Augustdemonstration am 3. August 2024 in Berlin. Foto: Georgi Belickin/DW



International anschlussfähig: Deutsche Demokraten machen einen konstruktiven politischen Vorschlag am 3. August 2024 in Berlin. Foto: Georgi Belickin/DW

AFD UND BSW? GEMEINSAM FÜR DIE DEUTSCHE ZUKUNFT!

KOMMENTAR von Motschi von Richthofen

Die Französische Revolution hat uns gezeigt, dass der Mittelweg wohl immer die bessere Entscheidung ist. Im Zuge der französischen Revolution hatte die politisch linke Seite zusammen mit dem Volk dem Jahrhunderte alten Feudalismus die Stirn geboten. Man wusste sich nicht anders zu helfen, ließ das Schafott sprechen. Damals waren es die Rechten, die Konservativen, die versucht hatten, dieses Blutbad zu verhindern.

Wo stehen wir heute in Deutschland? Heißt es nicht, jetzt endlich Brücken zu bauen und sich in der Mitte zu treffen um gemeinsam dieser Kriegstreiberei unserer alt eingesessenen Parteien Paroli zu bieten, diese abzulösen und ihrer verdienten Erneuerung oder Versinken anheim zu geben? An beiden Spitzen der Partei stehen hochgradig intelligente Frauen, die politisches Wissen mitbringen und sich beide das Wasser reichen können.

Sahra Wagenknecht ist sehr belesen und Alice Weidel im Bereich der Wirtschaft aufgrund ihres Hintergrundes breitgefächert wissend. Beide sind für ein Kriegsende in der Ukraine und setzen sich auf ihre Arten und Weisen für den Frieden ein. Das BSW will raus aus der NATO und die AfD sieht die EU mit ihren bürokratischen Strukturen als obsolet.

Warum also nicht eine Koalition zwischen »links« und »rechts« bilden, um die Nikomachische Ethik des Aristoteles umzusetzen: »Die Gerechtigkeit aber ist die eine Form des mittleren Verhaltens, aber nicht im selben Sinn wie die anderen ethischen Vorzüge, sondern, weil sie einen Mittelwert festsetzt, während die Ungerechtigkeit auf Extreme gerichtet ist.«

WIRTSCHAFT UND SOZIALES

Gerade weil beide Parteien, AfD und BSW, unterschiedliche Herangehensweisen an Gesellschaft und Ökonomie haben, kann es eine hervoragende Kombination sein. Die einen gehen den sozialen Weg und die anderen den wirtschaftlichen Weg. Das Eine kann ohne das Andere nicht nachhaltig existieren. Eine gesunde und demokratische Gesellschaft leuchtet mit ihrer sozialen Marktwirtschaft am Ausdauernsten. Brücken dürfen gebaut werden und neue Wege mit Visionen die Zukunft gestalten. Nieder mit den Altparteien und ihrem Fraktionszwang!

Motschi von Richthofen ist Senior-Baumanagerin, Journalistin und Dichterin bei München.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»COMPACT-AUSGABE ERSCHEINT TROTZ VERBOTS«

Das neue Magazin »NÄNCY« ist eine eigenständige Publikation des Verlagshauses Sodenkamp & Lenz Berlin, in dem neben Büchern auch diese Wochenzeitunge erscheint. DW druckt einige Auszüge aus dem Juristenfachblatt »Legal Tribune Online« | Von Dr. Markus Sehl



Journalistenkollegen Anselm Lenz, Jürgen Elsässer, Hendrik Sodenkamp am 31. August bei Berlin. Foto: LTO

Die Journalisten und Verleger Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz machten bereits vorab klar: Mit der Publikation des Magazins NÄNCY werden auch Errungenschaften der Französischen Revolution verteidigt, für die auch deutsche Demokraten der zurückliegenden zweihundert Jahre einstanden.

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand ist mit über 30 Millionen echt verbreiteten Exemplaren zudem der mit Abstand erfolgreichste Verbreiter der ersten zwanzig Artikel de Grundgesetzes (immer Seite 16), zu dem auch die Pressefreiheit gehört. Die Legal Tribune schreibt: »Eigentlich wollten Anwälte des Compact-Magazins in Falkensee über das Verbot sprechen, dann nimmt die Veranstaltung eine überraschende Wende. Und die Fortführung der aktuellen Compact-Ausgabe wird angekündigt. Ein Fall fürs BMI und Staatsanwälte?

Jürgen Elsässer winkt ab. Juristisch befürchte er nichts, sagt er und steckt sich eine Zigarette an. Zurückgelehnt sitzt der ehemalige Chefredakteur am Mittwochabend auf einer Bank vor dem Musiksaal in Falkensee. In der kleinen Stadt am Rand von Berlin hat sein rechtsextremes Magazin Compact seinen Sitz. Hatte seinen Sitz. Mitte Juli hat das Bundesinnenministerium die zwei Gesellschaften verboten, die hinter Elsässers Magazin stehen. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) begründete den Schritt unter anderem damit, das Magazin werde gezielt als Sprachrohr für verfassungsfeindliche Ziele verwendet. Ob dabei die Pressefreiheit ausreichend abgewogen wurde, war Gegenstand von Diskussionen. Im Zuge des Verbots gab es Durchsuchungen und Beschlagnahmen in mehreren Bundesländern, auch in Falkensee rückten die Beamten an. Elsässer sagt, sollen sie halt wiederkommen.«

Weiter führt die Juristenzeitschrift aus: »Elsässer sagt, er sei an der (neuen) Veröffentlichung (mit dem Titel NÄNCY) nicht beteiligt, begrüße sie aber. Erscheinen wird die Ausgabe auf der Website und in einer gedruckten Ausgabe des »Demokratischen Widerstandes«. Angekündigt haben das die beiden Gründer der Zeitung Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp... Die Zeitung bewirbt die in Falkensee angekündigte Ausgabe auf der Website mit: ›Näncy - Verboten gut! Lesen Sie hier, was Sie nicht lesen dürfen.‹ Man betrete damit »gefährliches Neuland«. Ist das nur ein PR-Stunt oder drohen wirklich Konsequenzen?«

MUSS DER DW SELBST MIT VERBOT RECHNEN?

LTO erläutert: »Das Vereinsgesetz untersagt, Organisationen zu bilden, die verfassungswidrige Bestrebungen eines verbotenen Vereins an dessen Stelle weiterverfolgen, die also eine Ersatzorganisationen zu einem verbotenen Verein bilden (§ 8 Vereinsgesetz, VereinsG). Eine solche könnte wiederum verboten werden. Das Bundesinnenministerium (BMI) müsste aber begründen, dass es sich auch tatsächlich um eine Ersatzorganisation (und bei Magazinen und Zeitungen um Vereine; red.) handelt. Hier besteht ja die besondere Konstellation, dass die Zeitung und der Online-Auftritt von »Demokratischer Widerstand« bereits seit 2020 existieren, mit einer eigenen Ausrichtung... Aus dem BMI heißt es, dass der Vorgang beobachtet werde. Rechtlich sei vor allem zu prüfen, ob eine strafbare Fortführung vorliege. Dafür sei aber die Staatsanwaltschaft zuständig. Die Pressestelle der Staatsanwaltschaft Potsdam war am Donnerstagnachmittag nicht mehr erreichbar.«

Verlag und Redaktionsleitung der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) gehen fest davon aus, dass unsere Mitarbeiter – denn wir alle bezahlen und tragen diese Leute – in Justiz und Ministerien keine weiteren Grundgesetzbrüche, internationale Skandale und innere Unruhen riskieren werden. Das Verbot des auflagenstarken Nachrichtenmagazins Compact – von dem man halten kann, was man will – wird schon im Eilverfahren zurückgenommen werden. Die Luft wird dünner für die Innenministerin und eine erhebliche Anzahl an Regierungsmitgliedern des gegenwärtigen und zurückliegenden Kabinetts.



Nach Verbot des Compact-Magazins

Der Verfassungsschutz liest auch Näncy

Ein aus dem "Querdenker"-Milieu bekannter Verlag bietet neuerdings das Magazin Näncy an. Es sieht dem kürzlich verbotenen Compact-Magazin erstaunlich ähnlich. Ist das rechtlich zulässig? *Von Philip Raillon.* | **mehr**

DIE WELLE

Auch die Propagandasendung »Tagesschau« um den Parteipolitiker Kai Gniffke kündigte am 7. August auf ihrem Online-Blog Tagesschau.de die mögliche neuerliche Drangsalierung des Demokratischen Widerstandes (DW) an – wegen des Magazins NÄNCY (DemokratischerWiderstand.de/NANCY). Vorangegangen war eine Welle von erzürnten von privaten und staatlichen Propagandamedienkonzernen, die die Wahrheit zu Corona und Kriegstreiberei fürchten. Diese Zeitung ist die Nummer Eins der Aufklärung unter den Medien insbesondere zu den Themen Corona, Spritzenfolgen und Hintergründe der Kriegsentwicklungen. Doch für den DW sind Pressefreiheit und Aufklärung unantastbar. Für die Veröffentlichung der Wahrheit waren DW-Journalisten bereits ab 2020 verfemt, terrorisiert, mit abstrusen Verfahren überzogen, inhaftiert und sogar gefoltert worden. Foto: DW-Bildschirmfoto von Tagesschau.de

Hin Da! KULTURKALENDER

11.08.2024 • Bad Zwischenahn; Nordloher Str. 25, 26689 Godensholt • VORTRAG • »Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession« mit Prof. Dr. Stefan Homburg • 15:00 Uhr – 17:00 Uhr, Einlass ab 14:00 Uhr • Tickets: 27 € unter krasser.guru

17.08.2024 • Hanau; Amphitheater, Philippsruher Allee 45, 63454 Hanau • KONZERT • »Wir gehören zusammen« NENA live • 19:30 Uhr • Tickets: ab 55 € unter eventim.de

18.08.2024 • Braunsbedra; Grubenweg 4, 06242 Braunsbedra • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 16:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

20.08.2024 • Plauen; Marktscheune, Kobitschwalder Str. 100, 08527 Plauen/ Neundorf • VORTRAG • »Ganzheitliche Weltsicht« von Dr. Stefan Lanka • 19:00 Uhr, Einlass ab 17:30 Uhr • Tickets: 18 €, nur Abendkasse

30.08.2024-01.09.2024 • Magdeburg; Unterhorstweg (Salbker See), 39122 Magdeburg • FESTIVAL • »Friedensfestival« mit Filmvorführung, Podiumsdiskussionen und Vorträgen; Gäste: Prof. Dr. Martin Schwab, Perin Dinekli, Patrik Baab u.v.m. • Tickets und weitere Informationen unter www.MdFF.eu

31.08.2024 • Bremen; Sendesaal, Bürgermeister-Spitta-Allee 45, 28329 Bremen • INFORMATION/ DISKUSSION • »Versuch einer Aufarbeitung« von Medizinern, Wissenschaftlern und Juristen wie z.B. Dr. jur. Beate Pfeil, Prof. Dr. Michael Meyen, Dr. rer. nat. Sabine Stebel u.a. • 13:30 Uhr – 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht

08.09.2024 • Oststeinbek; Bürgersaal, Möllner Landstr.22, 22113 Oststeinbek • VORTRAG • »Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession« von Prof. Dr. Stefan Homburg • 15:00 Uhr, Einlass 14:00 Uhr • Anmeldung erforderlich unter: lets-meet.org/reg/f3d7b892ede3e833fc

28.09.2024 • Berlin; Musikbrauerei, Greifswalderstr. 23a, 10405, Berlin • KONZERT • »Voices for Gaza« Nirit & OrchesterShlomo Geistreich, Alexa Rodrian, Jens Fischer Rodrian, Captain Future u.v.m. • 19:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets: ab 13,50 € unter protestnoten.de und 22,50 € an der Abendkasse

26.10.2024 • Berlin; Rudolf-Steiner-Haus, Bernadottestr. 90/92, 14195 Berlin • SYMPOSIUM • »Einblicke & Rückblicke – Alternative (Aus) Wege im gesellschaftlichen Wandel« mit Dr. Andreas Sönnichsen, Dr. Matthias Burchardt und Dr. Michael Andrick • 11:00 Uhr – 18:00 Uhr • Tickets: ab 50 € unter menschheits-familie.de

10.11.2024 • Dobbrikow; Haus am Bauernsee, Nettgendorfer Str. 14, 14947 Nuthe-Urstromtal OT Dobbrikow • KONFERENZ • »Utopie« • 10:00 Uhr - 20:00 Uhr • Tickets ab 50 € unter emma-events.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*



ZITAT DER WOCHE

Foto: Commons

»Drosten rennt von Studio zu Studio, um das RKI und sich selbst reinzuwaschen. Vergebens, wir haben das #RKILeak. Entgegen dem RKI-Pandemieplan haben Drosten und die Politik 84 Millionen Menschen evidenzlos mit Lockdowns, Schulschließungen und Impfzwang konfrontiert!«

Prof. Dr. Stefan Homburg, Professor für Öffentliche Finanzen, am 7. August auf X

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



NÄNCY
Magazin für die deutsche Ex-Frau und den deutschen Ex-Mann Nr. 1
Verlagshaus Sodenkamp & Lenz Berlin
E-MAg auf Demokratischer Widerstand.de/NANCY
ISBN 978-3-9826543-0-0



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.
Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI – Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC: Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder, Prof. Almuth-Bruder Bezzel, Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?
Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



SPORT MIT BERTHOLD

WAS, WENN DIE ATHLETEN STREIKEN?

Ich boykottiere die Olympischen Spiele, denn auf *Wokistan* habe ich keine Lust. Meine Frau hat mir ein paar Bilder von der Eröffnungsfeier gezeigt. Mein erster Gedanke war, was wohl die Athleten denken, wenn sie solche Wesen sehen?

Was hat das noch mit dem olympischen Geist zu tun? Wenn ich dann lese, dass die Triathleten sich nach dem Schwimmen übergeben müssen aufgrund der schlechten Wasserqualität in der Seine und dass die Triathletinnen auf schmierigem Kopfsteinpflaster ausrutschen, was denen sonst nie passiert, frage ich mich wirklich: Was muss denn noch alles passieren, bis alle Athleten einmal aufwachen und aus ihrer Blase rauskommen?

COURAGE UND PERSÖNLICHKEITEN WÄREN JETZT GEFRAGT

Jeder Teilnehmer hat sich vier Jahre lang auf diese Spiele vorbereitet und wenn dann solche Randerscheinungen maßgeblich den Ausgang eines Wettbewerbs beeinflussen, schreit das nach Solidarität und Protest. Was wäre, wenn die Athleten morgen streiken würden? Auf jeden Fall hätten sie die gesamte Aufmerksamkeit des IOC und könnten dafür sorgen, dass in Zukunft die Athleten das letzte Wort haben. Der Kuchen würde dann anders verteilt werden. Dafür braucht es aber Courage und Persönlichkeiten, die über den Tellerrand schauen.

Frauenboxen mit biologischen Männern? – Abschließend noch meine Meinung zu Athleten, die veränderte Chromosomen haben, unabhängig ob natürlich oder unnatürlich zu Stande gekommen: Die können an keinem Wettbewerb teilnehmen.

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



AUS DER FINSTERNIS BERUFEN INS LICHT

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Klaus Ebbert

Der Apostel Petrus schrieb folgende bedeutsamen Worte an seine christliche Leserschaft: »Ihr aber seid ein auserwähltes Geschlecht, ein königliches Priestertum, ein heiliges Volk, ein Volk des Eigentums, damit ihr die Tugenden dessen verkündet, der euch aus der Finsternis berufen hat zu seinem wunderbaren Licht – euch, die ihr einst nicht ein Volk wart, nun aber Gottes Volk seid, und einst nicht begnadigt wart, nun aber begnadigt seid.« (1. Petrus 2,9-10)

BEFREMDLICHE AUSSAGE?

Für manchen Leser, der nicht gerade mit den Inhalten der Bibel vertraut ist, mag diese Aussage etwas befremdlich erscheinen. Für jeden Nachfolger Jesu ist sie gewissermaßen »Job Description« (dt.: Arbeitsbeschreibung/Anm. d. Red.) und Werdegang in einem. Neben der tiefen spirituellen Botschaft dieser Petrusworte ergaben sich für mich bei ihrer Lektüre geradezu frappierende Ähnlichkeiten mit der Aufbruchsbewegung, die weltweit in der Dunkelheit der letzten vier Jahre entstanden ist. Fangen wir mit dem Vergleich mal an.

»Auserwähltes Geschlecht«: Die Ereignisse und Repressalien der letzten Jahre haben so manchen aufgeweckt und in eine neue Freiheit geführt. Man könnte meinen, dass hier eine neue Spezies Mensch aufgewacht ist.

»Königliches Priestertum«: Ähnlich wie die eigentliche, leider oft missbrauchte Aufgabe von König und Priester wollen wir in der Gesellschaft wirken durch eine neue Art von dienendem und fürsorgendem Engagement.

»Ein heiliges Volk«: Die eigentliche Wortbedeutung von »heilig« ist »abgesondert«. So wachsen heute neue Gemeinschaften heran, die im absolut positiven Sinn besonderen Charakter haben. Deren Eigentum Tugenden wie Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit, Diskursfähigkeit u.v.a.m. sind.

»Finsternis – Licht«: Wir sind tatsächlich aus der Finsternis der allgemeinen Volksverführung und -verdummung herausgerissen und in ein wunderbares Licht des Erkennens gestellt worden.

»Kein Volk – Gottes Volk«: Die meisten von uns kannten sich vorher nicht, doch jetzt wissen wir uns in einer großen tragfähigen Vernetzung.

»Vorher nicht begnadigt – jetzt aber«: Sicher, vorher sind auch viele von uns in der Alltäglichkeit des Lebens ohne großes Hinterfragen mitgeschwommen. Jetzt aber haben wir die Gnade der offenen Augen und Herzen erfahren.

BIBEL UND IHRE PARALLELEN ZUR GEGENWART

Nun, lieber Leser, entscheide selbst, ob das, was mit uns gerade auch auf der positiven Seite in den vergangenen Jahren passiert ist, nicht bemerkenswerte Parallelen zum obigen Bibeltext aufweist.

Der Autor war Diplom-Sportlehrer im Schuldienst und hat bereits mehrere eigene Lyrikbände herausgegeben. Er lebt mit seiner Familie im Westmünsterland.



Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ja, auch Sie sind gemeint, die werten Herrschaften vom Inlandsgeheimdienst, die hier fleißig mitlesen. Guten Tag! Schön, dass Sie da sind.

In der vergangenen Woche brachten wir mit dem Verlag, der auch diese Zeitung herausgibt, ein neues Magazin auf den Markt. Der Name :»Näncy« (Cover siehe unten). Das Magazin beinhaltet Texte, die sonst in der Augustausgabe des Magazins Compact erschienen wären, hätte nicht unsere Bundesinnenministerin die Verlags-GmbH der Kollegen kurzerhand verboten, gestürmt und enteignet.

Nun wird heftig gemutmaßt, ob die neue »Näncy« die Fortsetzung des verbotenen Vereins unter einer anderen Flagge ist. Bitte, lassen Sie mich dazu folgendes Schreiben:

Nein, das ist sie nicht. Das Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ist auch keine »Ersatzorganisation« der Compact-Magazin GmbH. Wir machen auch hier einfach das, was wir seit über vier Jahren tun: Wir weisen mit unseren Veröffentlichungen, Worten und Taten auf das hin, was unsere innig geliebte Bundesregierung an Verfassungsbrüchen und Verbrechen begeht.

Und dass es sich um eine bewusste Umgehung und Brechung des Paragraphen 5 des Grundgesetzes handelt, wenn unsere Innenministerin ein Presseerzeugnis einfach zu einer kriminellen Vereinigung umdeutelt, dürfte wohl klar sein. Im Grundgesetz (Seite 16) heißt es hier recht unmissverständlich: »Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern«. Da bleiben keine Fragen offen.

Weiter heißt es dort: Jeder habe außerdem das Recht »sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.« Aber wie soll das gehen, wenn sämtliche Exemplare des bösen Magazins eingestampft, zu Brei eingekocht oder zu Strom verbrannt werden? Auch deshalb brachten wir die Näncy heraus. Damit sich jeder ein Bild davon machen kann, was nun gar nicht gehen soll.

N°1 LESERSCHAFT!

Ich bin Ihnen, unseren echten Lesern, überaus dankbar für das vollkommene Ausbleiben von Entrüstungsstürmen in den vergangenen Tagen. Stattdessen kamen ausschließlich Worte der Unterstützung und des Zuspruchs zu dieser Aktion. Das zeigt uns auch, dass Sie sehr gut verstehen, was wir hier machen.

Bei all dem Trubel um die Näncy ist dabei die eine Nachricht etwas untergegangen, die für uns und unsere Zeitung noch viel wichtiger ist: Der Demokratische Widerstand ist endlich, nach 180 Ausgaben am Kiosk erhältlich. Bei der nächsten Schweinerei unserer Herrschaften wird also der Widerstand aus den Regalen gucken und das andere Deutschland aufscheinen lassen, wo sonst nur Krieg, Angst und desinfizierte Ruhe gelten sollen. Wir starteten in Sachsen, Thüringen, dem südlichen Brandenburg, Teilen Sachsen-Anhalts und Berlin. In den kommenden Wochen geht es mit dem restlichen Ostdeutschland, Hamburg und Schleswig-Holstein weiter. Und dann bald auch der Rest der Republik.

Da hilft auch keine Polizei, kein Schießgewehr und kein konzertierter, transmedialer Zugriff aus dem Hause Fäser. Der Widerstand wächst und wirkt.

Mit hochachtungsvoll demokratischen Grüßen
Hendrik Sodenkamp
Verleger, Journalist und DW-Mitherausgeber

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

»WENN DU WISSEN WILLST, WER ÜBER DICH HERRSCHT, FINDE HERAUS, WEN DU NICHT KRITISIEREN DARFST.« VOLTAIRE

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*